

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
J. E. K. Klühs.
Telefon: Carl Schlegel 4104-4105



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Zehn 0261, Zehn 0262, Post 6
Dankbriefe: Gossling

Die Zeitung steht im Wettbewerb

Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen geführt. Redaktion übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt, wenn nicht anders vermerkt. G. Gossling ist für alle Teile S. 2.

Berlin, den 15. Februar 1929

Das Land der Millionäre.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Washington, 15. Februar (Eig. Bericht)

Das amerikanische Bundessteueramt hat mit der Veröffentlichung der Einkommensteuerstatistik des Jahres 1928 ein Bild enthüllt, wie es selbst im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten bisher nicht seinesgleichen gehabt hat. Die für das Jahr 1927 mit 206 angegebene Zahl der Personen mit einem Einkommen von 1 Million Dollar und mehr stieg im Jahre 1928 auf 496, also eine Zunahme von mehr als 40 Prozent.

Die glückliche Klasse der Multimillionäre, die Jahreseinkommen von 5 Millionen Dollar und mehr versteuern und der solch ausgezeichnete Vertreter wie Ford, Morgan und Mellon angehören, stieg in demselben Jahre von 11 auf 24, ein Wachstum, das alle früheren Jahre der amerikanischen Prosperität weit in den Schatten stellt. Das gesamte Jahreseinkommen dieser 24 würdigen Kapitalvertreter belief sich im Jahre 1928 auf sage und schreibe 242 Millionen Dollar! Auch die mittleren Einkommen zwischen 3000 und 5000 Dollar wiesen eine Zunahme von etwa 150 Prozent auf, die in erster Linie auf die glänzende Börsenkonzunktur des Jahres 1928 zurückzuführen ist. Die grossen Firmen und Aktiengesellschaften verdienten dementsprechend. Alles in allem, das Jahr 1928 war das Spiegelbild der grössten Wirtschaftsprosperität, die Amerika je durchgemacht hat. Die Börsen waren in einer einzigen Hausse, die Fabriken waren überbeschäftigt und sogar Arbeitslosigkeit war ein Problem, das man damals in Amerika mehr oder weniger nur vom Hörensagen kannte.

Wo bleibt bei diesem bestechenden Gemälde aber die Masse des amerikanischen Volkes? Zugegeben, dass infolge der reichlichen Arbeitsmöglichkeiten der Existenzkampf des amerikanischen Arbeiters in diesem Jahre leichter als sonst war. Vom erleichterten Existenzkampf bis zur Prosperität ist aber ein sehr weiter Schritt, und selbst die Zahl von drei Millionen Amerikanern mit einem Durchschnittseinkommen von 4000 Dollar aus einem Bevölkerungsmeer von fast 110 Millionen Menschen kann kaum als allgemein gültiger Masstab der amerikanischen Massenprosperität betrachtet werden. Inzwischen hat das Jahr 1929 schwere Börsenkrachs gesehen, die sich deutlich auf die Landesindustrien und den allgemeinen Arbeitsstand ausgewirkt haben. Das tatsächliche Resultat dieser Krisen ist nicht etwa die Beschneidung der riesigen Vermögen, sondern der verlust oder die Reduzierung der mittleren und kleineren Einkommen, die von der amerikanischen Prosperität direkt abhängig sind. Zwar glaubt das amerikanische Kapital, dass die gegenwärtige Krise nur vorübergehend ist und sich in kurzer Zeit alle unliebsamen Folgeerscheinungen ausgeglichen haben werden. Wenn man den amerikanischen Wirtschaftspropheten glaubt, wird die Aufwärtsbewegung der Landeswirtschaft immer lustig weiter gehen. Ob eine derartige optimistische Beurteilung gerechtfertigt ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls steht die nüchterne Tatsache fest, dass der kleine Mann und der Proletarier die einzigen Leidtragenden sind. Das Interesse der Handvoll wirklich besitzender Leute hat sich bisher nur in Reden und Konferenzen erschöpft.

Die Frage taucht immer gebieterischer auf, wohin eine Wirtschaft treibt, die sich in keiner Weise um die Verteilung der ungeheuren nationalen Reichtümer und Einkommen kümmert. Nicht oft genug kann der ungeheure Gegensatz in die Köpfe gehämmert werden, der sich hierzulande zwischen gigantischen Reichtum und elendster Armut auftut und seinen schärfsten Ausdruck in der Grenzziehung zwischen einer Gruppe von zwei Dutzend Grosskapitalisten und über 100 Millionen Besitzlosen findet. Und es kann nicht häufig genug betont werden, dass die gegenwärtige Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft Anlass zu den schwärzesten Befürchtungen gibt. Nach den Berichten der American Federation of Labor, die in diesen Dingen sicherlich nicht schwarz malt, waren in den beiden ersten Januarwochen über 19 Prozent der organisierten amerikanischen Arbeiterschaft arbeitslos. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das amerikanische Proletariat nur in geringem Masse gewerkschaftlich organisiert ist und die Gewerkschaften die Arbeitskrise erst zu spüren bekommen, wenn sie sich unter den Millionen Unorganisierten bereits voll ausgewirkt hat. Damit ist die Beschreibung der amerikanischen Prosperität von der anderen Seite und ihre Auswirkung auf das Proletariat noch nicht zu Ende. Der Bundesarbeitsminister Davis, ein des Radikalismus sicherlich unverdächtig Mann, hat erst kürzlich festgestellt, dass über 2 Millionen Arbeiter in Amerika Wochenlöhne von 16 Dollar und weniger haben. Das sind natürlich Ziffern, die nicht in der imposanten Vermögenssteuerliste der Bundesregierung erscheinen oder gar als Beweis der amerikanischen Massenprosperität herangezogen werden können.

Der Prozess des Absinkens von Hunderttausenden Kleinbürgern in das Proletariat geht trotz Fordauto und Radio im beschleunigten Tempo vor sich. Aber noch schneller geht die Ansammlung riesiger Vermögen in die Hände einer winzigen Gruppe, die sich in den letzten Jahren einen viel entscheidenderen Einfluss als bisher in der Führung der amerikanischen Staatsgeschäfte verschafft hat. Seit mehr als 50 Jahren ist die "gleiche Gelegenheit für alle" das stärkste Lockmittel für die Masseneinwanderung nach Amerika gewesen. Nun, dieses Märchen von der "gleichen Gelegenheit" im Jahre 1930 sei ein für allemal mit den Zahlen der amerikanischen Bundesregierung richtig gestellt.

SPD. Köln, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die kommunistische "Sozialistische Republik" in Köln bringt am Sonnabend die Mitteilung, dass gegen mittag zwei Dutzend Kriminalbeamte das Kölner Parteigebäude besetzt haben. In hysterischer Erregung schreibt das Blatt dazu, dass es sich offenbar um eine gross angelegte Reichsaktion handele. An alle Kommunisten ergehe die Order zur höchsten Alarmbereitschaft. Wie wir erfahren, handelt es sich bei dem Vorgang um eine einfache, auf Anordnung des Reichsgerichts von der Polizei ausgeführte Haussuchung, bei der nichts gefunden wurde.

SPD. London, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Das ständige Komitee des indischen Nationalkongresses, das zwischen den Tagungen des Kongresses und im Rahmen der Beschlüsse des Kongresses weitgehende Vollmachten besitzt, beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend mit der Frage der Wiederaufnahme der passiven Resistenz in ganz Indien. Es autorisierte am Sonnabend den Führer der indischen Freiheitsbewegung Gandhi, den Zeitpunkt des Beginns der passiven Resistenz, welche die Steuerverweigerung an die britischen Behörden einschliesst, nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Gandhi ist damit, gemäß seinem eigenen Wunsche, bis auf weiteres mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet worden.

SPD. Die Emelka, deren Majorität beim Reich liegt, veröffentlicht folgendes Kommuniqué: "Der Aufsichtsrat der Münchener Lichtspielkunst Akt.-Ges. hat in seiner Sitzung vom 14. Februar 1930 die Bilanz für das Zwischengeschäftsjahr Januar-Juni 1929 festgestellt, die unter Berücksichtigung durch Gewinnvortrag aus 1928 einen Verlust von 962 630,35 Mark ausweist. Dieser Verlust ist entstanden durch den Film "Waterloo". Er ist ferner eine Folge der vorsichtigen Bewertung des vorhandenen Filmbestandes, die mit Rücksicht auf die Umstellung von stummen Film auf den Tonfilm erforderlich schien. Die Emelka-Theater-A.G. weist, gleichfalls unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus 1928, einen Verlust von 367 954,18 Mark aus. Der Verlust ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass es noch nicht gelungen ist, verschiedene aus der Phoebus-Masse stammende unrentable Theater abzustossen. Die Generalversammlung findet am 10. März 1930 statt."

Weiter wird in dem Kommuniqué gesagt, dass Justizrat Dr. Rosenthal aus dem Vorstand der Emelka ausscheidet. Rosenthal soll nach seinem Ausscheiden der Generalversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

Man kann die Lage bei der Emelka jetzt dahin beurteilen, dass das Reich nicht daran denkt, die Emelka abzustossen. Entsprechende Kaufangebote liegen ja im Reichsinnenministerium seit längerer Zeit vor. Es handelt sich dabei zum Teil um amerikanische Interessenten. Auch will man wissen, dass sich bestimmte Kreise mit dem Plan tragen, die Emelka mit der Ufa zusammenzuschweißen. In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass die Machtverhältnisse sich bei der Ufa verschoben haben und dass Hugenberg seit langem nicht mehr die unbestrittene Majorität besitzt.

Das Vorgehen des Reiches muss man dahin verstehen: Die Emelka ist damals aus politischen Gründen gekauft worden. Der Kauf kann sich nur lohnen, wenn die ursprünglichen Absichten, die, wie gesagt, politisch orientiert sind, verwirklicht werden. Die Voraussetzungen dafür scheint man bei der Emelka durch eine starke Bereinigung getroffen zu haben. Man musste sich dabei auch zu einem Personalabbau entschliessen, da die Zahl der Angestellten nicht im entsprechenden Verhältnis zu der Grösse der Emelka steht. Bekannt ist ja auch, dass die älteren Machthaber bei der Emelka kurz vor dem Verkauf an das Reich noch schnell Anstellungen vorgenommen haben. Dabei war man in der Bewilligung von Gehältern nicht kleinlich. Wenn man hier aufgeräumt hat, ist das nur zu begrüßen. Im übrigen hat man in dem bekannten Regisseur Dupont einen neuen Produktionsleiter engagiert, von dem man hoffen kann, dass unter seiner Leitung die Emelka besser als bisher fährt.

Der Aufsichtsrat der Emelka benutzte die Generalversammlung auch, um die in den letzten Wochen erhobenen Verdächtigungen und Vorwürfe gegen die Emelka zurückzuweisen. Diese Vorwürfe kommen wahrscheinlich von einer Stelle, die geschäftliche Ziele verfolgt. In der Generalversammlung der Emelka wurde u. a. mitgeteilt, dass das Reich gegen ein prominentes Mitglied des Aufsichtsrats, der Ufa Strafanzeige und Regressklage stellen wird. Wir können dazu mitteilen, dass es sich dabei um den Geheimrat Kuhlo handelt. Dieser Geheimrat ist Vorsitzender des Bayerischen Industriellen-Verbandes. Er ist vor Jahren dadurch zu einer gewissen Berühmtheit gekommen, dass er einer derjenigen war, der den Hitlerputsch im Jahre 1923 finanziert haben soll.

SPD. Am Montag will das Reichskabinett den Versuch machen, den Etat für 1930 zu verabschieden. Man rechnet mit einer Dauersitzung, um die vielen Streitfragen zu entscheiden, die selbst innerhalb der Regierung vorhanden sind. Auch die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien setzen am Montag ihre Beratungen fort, sodass bereits der Anfang der Woche Entscheidungen bringen dürfte. Trotzdem ist sicher, dass der ursprünglich für die Annahme der Younggesetze in

Aussicht genommene Termin, der 22. Februar, nicht innegehalten werden kann. Auch wenn man davon absehen würde, die Annahme der Younggesetze von einer vorherigen Verständigung über die Finanzfragen abhängig zu machen, wird man mit einer Verzögerung rechnen können. Sie wird umso länger werden, je schwieriger die Verständigung unter den Parteien zu erzielen sein wird.

Diese Verständigung ist bisher nicht einmal in ihren Umrissen sichtbar. So einig die Regierungsparteien über die Annahme der Younggesetze sind, so uneinig sind sie über alle materiellen innerpolitischen Fragen, die nachher entschieden werden müssen. Obwohl seit über einer Woche unter den Regierungsparteien verhandelt wurde, ist man bisher keinen Schritt vorwärts gekommen. Bei diesen Verhandlungen dürfte es sich im wesentlichen um drei Fragen handeln: die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung, die Möglichkeit weiterer Ausgabenkürzung und die Deckung des dann noch vorhandenen Fehlbetrages durch Steuern.

Der letzte Vorschlag des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, der Erwerbslosenversicherung nur noch für zwei Jahre feste, den Fehlbetrag nicht voll deckende Darlehen zu gewähren, diese Darlehen vom Jahre 1932 ab vollkommen zu beseitigen, aber der Reichsanstalt das Recht zu geben, durch eigene Entscheidungen Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen, ist kein gangbarer Ausweg. Er wird den Kampf um die Erwerbslosenversicherung, der im vergangenen Jahr die politische Lage vollkommen beherrschte, aufs neue entfesseln. Denn von allen anderen, recht gewichtigen Bedenken abgesehen wäre dieser Vorschlag ohne Zweifel wiederum geeignet, einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu erzwingen, der die Versicherung unabhängig macht von Reichsmitteln und Beitragserhöhungen vermeidet. Noch viel grösser wären selbst die Bedenken, wenn, wie das die Deutsche Volkspartei verlangt, eine etwa ige Beitragserhöhung an eine qualifizierte Mehrheit gebunden wäre und dadurch praktisch überhaupt nicht zur Diskussion stände.

Ebenso gross sind die Gegensätze in der Frage der Steuererhöhung. Die Vorschläge Dr. Moldenhauers, den Fehlbetrag allein durch Verbrauchssteuern zu decken, sind so einseitig, dass sie auf eine Zustimmung der Sozialdemokratie nicht rechnen können. Die Bedenken gegen eine einseitige Anspannung der Verbrauchssteuern entspringen nicht nur der Erwägung, dass man damit die unteren Volksschichten zu stark und ungebührlich hoch belastet, sondern auch der Erkenntnis, dass eine solche Steuerpolitik wirtschaftlich schädlich ist und einer Wirtschaftsbelebung und besseren Beschäftigungsmöglichkeiten die Wege versperrt.

Das Reichskabinett steht deshalb am Montag vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Will es die Annahme des Youngplanes nicht gefährden und eine neue schwere Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens verhindern, dann muss es nach einem Ausweg suchen, der eine gemeinsame Plattform für die Regierungsparteien abgeben kann. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits in der vergangenen Woche ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der Sanierung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Aber für dieses Ziel muss ein Weg gefunden werden, der die sozialpolitischen Einrichtungen, die für die Masse des Volkes Sicherung ihrer Existenz bedeuten, unangetastet lässt und nicht den Versuch macht, die zur Gesundung der deutschen Finanzen erforderlichen Mittel einseitig den schwächsten Kreisen der Bevölkerung aufzuerlegen.

SPD. Gladbach-Rheydt, 15. Febr. (Eig. Dr.)

Der bei den städtischen Betriebswerken angestellte Willi Heinrichs wurde wegen Veruntreuung von etwa 10 000 Mark zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, wobei das Gericht eine Strafaussetzung ausdrücklich ablehnte. Die Vereinsmeierei mit ihren grossen Unkosten hat den Beamten in das Unglück gestützt.

SPD. Der Reichshaushaltsausschuss und der Auswärtige Ausschuss des Reichstages setzten am Sonnabend in gemeinsamer Sitzung die Beratung der Younggesetze fort. Im Anfang der Sitzung kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quatz und dem Reichsaussenminister Dr. Curtius über die Höhe der Youngbelastung. Quatz nannte die vom Reichsaussenminister in der Sitzung vom Freitag gegebene Aufstellung nicht wissenschaftlich. Er holte sich aber eine scharfe Abfuhr durch den Reichsaussenminister.

Reichswirtschaftsminister Schmidt wies darauf hin, dass man vor allem zu prüfen habe, was die Folgen einer Ablehnung des Youngplanes seien. Deutschland habe dann nicht nur die Gläubigerstaaten, sondern auch die neutralen Länder gegen sich. In diesem Kampf würde die Schwerindustrie im deutschen Westen in vorderster Linie stehen. Wir müssten aber vermeiden, dass das französische Militär noch einmal im Ruhrrevier wirtschaftet und dass die deutsche Schwerindustrie noch einmal bei fremdländischen Offizieren um die Grundlagen zur Weiterarbeit bitten müsse. Es sei ihm, dem Minister, unverständlich, dass gerade politische Vertreter dieser Industrie durch ihre ablehnende Haltung gegen den Youngplan solche Gefahren noch einmal heraufbeschwören wollten. Auch sei die Inflation durch den Ruhrkampf erst auf ihren Höhepunkt gelangt. Für die Beurteilung des Youngplanes wäre auch entscheidend, ob die Wirtschaft während der letzten Jahre unter der Belastung mit Reparationsverpflichtungen so gewesen sei, dass wir heute zu einem allgemeinen Pessimismus kommen müssten. Eine Prognose zu stellen, sei schwer, wer aber Verantwortung trägt, müsse optimistisch denken. Niemand könne auch bestreiten, dass es in den letzten 10 Jahren in unserer Wirtschaft im ganzen aufwärts gegangen sei. Im Verhältnis zum Jahre 1929 könne eine Million Arbeiter mehr für den Export beschäftigt werden. Auch brauche die Wirtschaft ausländisches Kapital. Hinsichtlich der Sachlieferungsfrage betonte Reichswirtschaftsminister Schmidt, dass grundsätzlich in den neuen Vorschriften keine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand (Wallenbergreglement) eingetreten sei. Wenn wir den Youngplan ablehnten und den Kampf um die Dawesleistung mit allen Erschütterungen unserer Wirtschaft neu aufnahmen, so leisteten wir der Wirtschaft keinen Dienst.

Abgeordnete Sender (Soz) wandte sich gegen den deutschnationalen Antrag, wonach die Regierung erklären solle, dass sie die Durchführung des Youngplans für möglich halte. Durch eine solche Erklärung werde nur die deutsche Position den Verhandlungsgegnern gegenüber geschwächt. Im übrigen seien ja die Rechtsparteien keine grundsätzliche Gegner von Reparationen. Sie wollten nur, dass die anderen sie zahlen. Die Sozialdemokratie sei gegen Kriegslasten überhaupt. Es sei eine unehrliche Politik, wenn die Rechtsparteien und die Kommunisten einen Plan ablehnten, der die Last erleichtert, die jetzt auf den arbeitenden Massen des deutschen Volkes liegt.

Dr. Reichert (Dnl.) nimmt Gelegenheit, auf die Zeit der Inflation und der Marktstabilisierung einzugehen, wobei er Dr. Helfferich als den Retter der Mark feiert. In diesem Zusammenhang spricht Reichert "von der traurigen Rolle des früheren Reichsfinanzministers Dr. Hilferding bei der Währungsstabilisierung." Die Ausführungen Reicherts werden durch den Abgeordneten David (Soz) zurückgewiesen. Die erste Voraussetzung für die Währungsstabilisierung sei der Abbruch des Ruhrkampfes gewesen. Dem habe sich aber Helfferich widersetzt. Die Taktik der Rechtsparteien laufe auch jetzt darauf hinaus, eine ähnliche Krise wie zur Zeit des Ruhrkampfes herbeizuführen. Das habe Hugenberg selbst zugegeben. Seine politischen Freunde müssten sich aber für eine solche Krise bedanken. - Fortsetzung am Montag.

SPD. Weimar, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der volksparteiliche Schulleiter Dr. Siefert am Gymnasium in Weimar von dem nationalsozialistischen Volksbildungsminister Dr. Frick seines Amtes als Schulleiter enthoben worden. Dr. Siefert hatte auf Grund von Schulverordnungen seinen Schülern verboten, den völkisch-nationalen Schülerbünden "Adler und Falke" und "Schill" beizutreten. Fricks erste Tat als Minister war, dass er von Dr. Siefert verlangte, dass er das Verbot sofort aufheben sollte. Dr. Siefert weigerte sich aber, das zu tun. Daraufhin hat ihn Frick von seiner Funktion als Schulleiter enthoben.

Dr. Siefert ist kein x-beliebiges Mitglied der Deutschen Volkspartei. Er war jahrelang stellvertretender Vorsitzender der Organisation der Deutschen Volkspartei in Thüringen. Man darf gespannt sein, wie die Deutsche Volkspartei diese Provokation des Nationalsozialisten Dr. Frick gegen eines ihrer führenden Mitglieder aufnimmt.

SPD. Bremen, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Einem 385 Jahre alten Brauch entsprechend feiert alljährlich die Bremer Kaufmannschaft mit Vertretern der Bremer Kapitäne die sogenannte "Schaffermahlzeit", die ursprünglich zum Besten der seefahrenden Leute diente. Im Laufe der Zeit, namentlich in der Nachkriegszeit, hat sich daraus ein äusserst üppiges Fest der zahlungsfähigsten Bremer Kreise entwickelt, zu dem aus dem ganzen Reiche sogenannte "hochstehende" Persönlichkeiten herangezogen werden. Die gestrige "Schaffermahlzeit" im Bremer "Haus Seefahrt" sah unter anderem als Gäste den ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien, Ministerialdirigent Brandenstein vom Reichsverkehrsministerium, Dorpmüller von der Reichsbahn, Bücher von der AEG, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, den Chef der deutschen Flotte Vizeadmiral Oldekopp, den Grossindustriellen Silverberg, Direktor Wassermann und nicht zuletzt den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Bei der Schaffermahlzeit wird nicht nur sehr feudal gegessen und gezecht, sondern es werden auch Reden gehalten. Einer der Redner war der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der sich in seiner Ansprache zu folgender Leistung verstieg:

"In dem Mangel an Willen, der durch das deutsche Volk geht, empfinde ich die ganze grosse moralische Krise des deutschen Volkes. Dieser Wille fehlt dem Deutschen Reich heute an allen Ecken und Enden; wir haben nirgends mehr das Gefühl in der Bevölkerung, dass der einzelne für sein Schicksal verantwortlich ist, dass der einzelne kämpft und ringt und sich einsetzen muss, wenn er etwas im Leben erreichen will. Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal des Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Ver-sorgungsscheine, einschliesslich der Sterbekasse mitbekommt. Wir fühlen uns nicht als Bürger des Staates, sondern wir fühlen uns als Wohltatsempfänger eine uns fremden staatlichen Organismus, der irgendwo in der Luft schwebt."

Kein Wunder, dass Herr Schacht mit diesen Ausführungen den stürmischen Beifall der illustren Gesellschaft entfesselte. Es muss bei einem jährlichen Gehalt von hunderttausenden an gedeckter Tafel ein Leichtes sein, die Empfänger von Sozialrenten zu verhöhnen und dem deutschen Volke vorzuwerfen, dass es ihm am Willen zum Schaffen fehle!

SPD. Rendsburg, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Landwirt Markus Wulf ist einer jener Landvolkanhänger, die seinerzeit den Sturm auf das Amtsgericht in Hohenwestedt unternahmen. Er erhielt dafür 2 Monate Gefängnis. Jetzt stand er wieder vor Gericht, weil er einem Pfändungsbeamten die Aktentasche entrissen und den Beamten selbst aus dem Hause geworfen hat. Er entschuldigte sich damit, dass "die Finanzämter Raubritter" seien. Er

bezeichnete dem "Kuckuck" als Adler-Orden und sagte weiter, dass er stolz darauf sei, den Sturm in Hohenwestedt mitgemacht zu haben. Der Gerichtsvorsitzende bezeichnet ihn darauf als einen "aufrechten und geraden Mann". Der Staatsanwalt beantragt 1 Monat Gefängnis, das Gericht erkannte auf 120 Mark Geldstrafe. Das Beste aber ist, dass dieser selbe Angeklagte vom Landrat des Kreises Rendsburg als Gemeindevorsteher bestätigt worden ist!

SPD. Kiel, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Weil er angeblich Kommunist sei und an einem Schulungskursus des Roten Frontkämpferbundes teilgenommen habe, wurde der Obermatrose Sontowski von dem Linienschiff "Elsass" entlassen. Durch eidliche Aussage des Sontowski stellte sich jetzt heraus, dass er diese politische Organisation garnicht kennt und sich überhaupt noch nicht mit Politik befasst hat. Die Spitzel in der Reichsmarine scheinen also eine sehr merkwürdige Arbeit zu leisten. Sontowski will das Armenrecht in Anspruch nehmen und die Marineleitung verklagen.

SPD. Neumünster, 15. Febr. (Eig. Drahtb.)

Hier kam es bei einer Versammlung der Nationalsozialisten infolge kommunistischer Störungen zu Tumulten, in deren Verlauf die Polizei mehrfach eingreifen, den Saal räumen und mehrere Teilnehmer verhaften musste.

SPD. Genf, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Informationsbeamte des Völkerbundes Dr. Beer machte am Sonntagabend den deutschen Pressevertretern offiziell Mitteilung von seinem hier schon gemeldeten Rücktritt. Er habe schon vor geraumer Zeit aus grundsätzlichen und persönlichen Motiven seine Demission eingereicht. Der Generalsekretär des Völkerbundes habe sie jetzt angenommen und ihn bis zur Ernennung seines Nachfolgers beurlaubt. Die näheren Gründe seines Rücktritts anzugeben, lehnte Beer unter Hinweis auf seine Beamteneigenschaft ab. Beer hatte sein Amt im August 1927 angetreten.

SPD. Kopenhagen, 15. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Buchdrucker-Verband gibt bekannt, dass seine Mitglieder am 22. Februar nachmittags 5 Uhr in den Streik eintreten werden, da die Einigungsverhandlungen über einen neuen Lohntarif bisher ergebnislos verlaufen sind. Von dem Streik werden alle Kopenhagener Zeitungen und Zeitschriften betroffen. Es sollen jedoch im Laufe der kommenden Woche noch Versuche gemacht werden, eine Einigung zwischen beiden Parteien herbeizuführen.

SPD. Kopenhagen, 15. Febr. (Eig. Drahtb.)

Nach einem Telegramm aus Oslo wurde der norwegische Dampfer "Polarlys", der zwischen den Häfen an der norwegischen Küste in regelmässiger Fahrt verkehrt, seit zwei Tagen vermisst. Der Dampfer sollte am Donnerstag in Drontheim eintreffen. Da die norwegische Küste in den letzten Tagen von einem schweren Sturm heimgesucht war, befürchtet man, dass der Dampfer untergegangen ist. An Bord befanden sich etwa 80 Personen, darunter 30 Mann Besatzung.

SPD. Insterburg, 15. Febr. (Eig. Drahtb.)

Die am Sonnabend früh fortgeführte Zeugenvernehmung im Prozess gegen Pletschkaitis ergibt, dass wahrscheinlich noch weitere Emigranten mit Pletschkaitis zusammen gewesen sind. Ein lückenloser Beweis für die Identität der untersuchten mit den gefundenen Bomben ist nach den Zeugenaussagen nicht möglich. Bei der Vernehmung des Zeugen Zehler aus Eydtkuhnen, der auf Wunsch des Hauptangeklagten geladen ist, verlangt Pletschkaitis mehrmals, die Öffentlichkeit auszuschliessen, da er nur dann wichtige Fragen zu seiner Verteidigung stellen könne. Auch der Zeuge Zehler erklärt, dass er mit Rücksicht auf die Angehörigen in Litauen nicht in voller Öffentlichkeit aussagen könne. Als der Vorsitzende und der Staatsanwalt unter Berufung auf die Prozessordnung den Ausschluss der Öffentlichkeit ablehnen, bricht Pletschkaitis seelisch zusammen. Der Zeuge Zehler bekundet, er habe durch Briefe davon Kenntnis gehabt, dass Pletschkaitis sich nach seiner Familie sehne und zu ihr zurück wolle, jedoch habe Pletschkaitis niemals ein gewaltsames Vorgehen angekündigt.

Nach einer Verhandlungspause machte der Zeuge Zehler wichtige Bekundungen über die litauischen Verhältnisse. Frau Pletschkaitis ist zur Ehescheidung gezwungen worden. Infolge der Drangsalierungen musste sie den Briefverkehr einstellen. Das ist zugesandte Geld wurde von der politischen Polizei beschlagnahmt, dennoch musste sie quittieren. Sie sollte von einem heruntergewirtschafteten Grundstück den Lebensunterhalt der Familie bestreiten. Bäcker und Kaufmann wagten kaum, ihr Lebensmittel zu verkaufen, um nicht in den Verdacht antifaschistischer Gesinnung zu kommen.

Im April 1929 arrangierte die litauische Regierung eine gross angelegte Sozialistenverfolgung. In das Gebäude der Sozialdemokratischen Partei wurden durch Provokateure 300 Stück der in Litauen verbotenen Emigrantenzeitung "Pirmin" eingeschmuggelt. Hierauf wurde unter der Behauptung, es seien dort Waffen und Munition gefunden, litauische Sozialisten verhaftet, darunter auch Frau Pletschkaitis. Nach einigen Tagen entlassen, wurde sie dennoch längere Zeit täglich von Richter zu Richter zitiert und hierbei körperlich misshandelt. Politische Beamte hätten dem Zeugen Zehler Mitteilungen über die Drangsalierungen gemacht zu dem offensichtlichen Zweck, Pletschkaitis über die litauische Grenze zu locken. Bis 1928 hat Pletschkaitis sich aktiv politisch betätigt. Dann hat er die Absicht geäussert, der politischen Tätigkeit zu entsagen, seine Familie aus Litauen herauszuholen und auszuwandern. Schon einmal wollte Pletschkaitis nach Litauen herübergehen, um bei Nacht und Nebel seine Familie herüberzuholen. Daran wurde er durch den Zeugen Zehler gehindert. Einige Zeit vor der Verhaftung des Pletschkaitis hat Zehler einen dringen Notruf aus Litauen erhalten. Emigranten holten hierauf eigens ihre Familien herüber, um sie in Sicherheit zu bringen.

Der Oberstaatsanwalt beantragt gegen den Hauptangeklagten Pletschkaitis eine Gesamtstrafe von 7 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, gegen die anderen Angeklagten je 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

SPD. Wie wir erfahren, will der sowjet-russische Botschafter in Berlin Krestinski gegen ein Berliner deutschnationales Wochenblatt eine Klage anstrengen. Das Organ hatte die Russische Botschaft einen "Verschwörerherd" genannt, in welchem "nach und nach fünf Menschen spurlos verschwunden" seien. Im dritten Hof des Gebäudes seien die Leichen von fünf Personen begraben, die in der Russischen Botschaft ums Leben gekommen wären.

SPD. Stuttgart, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Stuttgarter Gewerkschaften wollen schon seit langem ihr unzulängliches Gewerkschaftshaus durch einen Neubau ersetzen. Die Verhandlungen mit der Stadt über einen Geländetausch zogen sich mehr als ein Jahr hin und wurden verschiedentlich durch die bürgerliche Presse zu sabotieren versucht. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde der Tausch aber doch genehmigt, und zwar auf folgender Grundlage:

Die Stadt übernimmt das 22 3/4 Ar umfassende Anwesen des bisherigen Gewerkschaftshauses in der Esslinger Strasse gegen Hergabe eines 19 Ar grossen städtischen Anwesens an der Ecke Kanzlei- und Rotestrasse. Die Stadt übernimmt weiter die Bürgschaft bis zur Höhe von 85 Prozent der Baukosten des neuen Gewerkschaftshauses und wird um die Befreiung von der Grunderwerbssteuer nachsuchen.

Gegen diesen Vortrag stimmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Sie verlangten, dass die Gewerkschaften noch einen Aufschlag zahlen sollten und bekämpften die Übernahme der Bürgschaft durch die Stadt. Der Vertrag gelangte jedoch zur Annahme mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrums, des Christlichen Volksdienstes und der besoldeten Bürgermeister. Für die Annahme des Vertrages hatte sich Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager selbst nachdrücklich eingesetzt und sogar der deutschnationale Finanzreferent Dr. Hirzel hatte erklärt, dass er gegen die von seinen Parteifreunden besonders angefochtene Bürgschaftübernahme keine Bedenken habe.

SPD. London, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Ein Strafgefangener im Wandsworth-Gefängnis in London hat vor wenigen Tagen des Todessprung über das Stiegengeländer der Auspeitschung mit der "neuschwänzigen Katze", zu der er verurteilt war, vorgezogen. Der Vorfall hat die Öffentlichkeit aus ihrer bequemen Ruhe aufgeschreckt. Man wurde sich wieder bewusst, dass von englischen Richtern jahraus, jahrein eine Strafe diktiert wird, vor der das moderne Rechtsbewusstsein Grauen und Abscheu empfindet. Mit wachsendem Entsetzen erfuhr man von Gerichtsärzten und Gefängnisdoktoren Einzelheiten über diese barbarische und die menschliche Würde so schwer verletzende Bestrafung. Man wurde unterrichtet, dass ein ganzes System von Vorsichtsmassregeln geschaffen worden sei, um nach Möglichkeit einen tödlichen Ausgang der Tortur zu vermeiden. Es wurde bekannt, dass jeder Strafgefangene vor ihrer Ausführung ärztlich untersucht wird und dass die Anwesenheit eines Arztes bei ihrer Durchführung selbst obligatorisch ist. Der Rücken des solcherart Bestraften gleicht, so berichteten die Zeitungen, nach der Versetzung der Peitschenhiebe "einem blutigen Brei" und die Striemen sind bis ans Lebensende sichtbar.

Ein Mitglied der Unterhaus-Fraktion der Arbeiterpartei hat die Gelegenheit ergriffen und im Parlament einen sogenannte "privaten Gesetzentwurf" eingebracht, der dieser grausamen Strafe, die er als "rationalisierte Brutalität" bezeichnete, ein Ende zu bereiten. Er wies darauf hin, dass Deutschland, die Schweiz, Italien, Österreich, Ungarn und sämtliche amerikanischen Staaten, mit Ausnahme von zweien, die Prügelstrafe abgeschafft hätten. Wer heute in England für ihre Beibehaltung stimme, der vertrete den Standpunkt, "dass einzig und allein England den Knall der Peitsche benötige, um Ordnung und Gesetz im Lande aufrechtzuerhalten."

Wie stets, wenn es gilt, mit einem Stück Barbarei aufzuräumen, so fand sich auch diesmal ein Konservativer, der protestierte und das Gespenst eines verweichlichten und degenerierten England für den Fall heraufbeschwor, dass die Prügelstrafe abgeschafft würde. Es war das alte pathetische Schauspiel, das sich bei ähnlichen Gelegenheiten in allen Parlamenten der Welt abspielt. Das Unterhaus war jedoch in seiner grossen Mehrheit auf der Seite des Fortschritts.

und verabschiedete das Gesetz in erster Lesung. Weiter dürfte der Entwurf freilich kaum kommen - das Arbeitsprogramm der Regierung ist überreich und die privaten Gesetzentwürfe pflegen den Bedürfnissen der Regierungen geopfert zu werden.

Heute ist das Gewissen der Öffentlichkeit noch wach. Aber es wird, stets kurzlebig und schnell beruhigt, morgen wieder einschlafen. Der Gefangene vom Wandsworth-Gefängnis wird vergeblich gestorben sein. Stärker als anderswo lauert hier, in England, das Mittelalter inmitten der Gegenwart und erinnert an die Zeiten - sie liegen noch nicht fern zurück - wo die Briten als das grausamste Volk der Erde verschrien waren. Die neunschwänzige Katze, uns Kontinentalen nur aus Museen und Schreckenskammern bekannt, wird weiter auf die Rücken der unglückseligen Opfer herabprasseln.

SPD. Amsterdam, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die grosse Aussprache zum Indischen Haushalt, die alljährlich im Februar in der Zweiten Kammer stattfindet, hat in den letzten Jahren zusehends an Bedeutung gewonnen. Man kann dabei zwei grosse Strömungen unterscheiden, von denen die eine den Selbständigkeitsbestrebungen des indonesischen Volkes je nach der politischen Schattierung mehr oder weniger entgegenzukommen bereit ist, während die andere durch brutale Unterdrückung jeder Selbständigkeitsregung einen schliesslich unvermeidlichen historischen Prozess in eine vorläufig unabsehbare Ferne hinausrücken möchte. Ein klares Programm in dieser Frage hat wie die grosse staatsmännische Rede des Abg. Cramer zeigte, nur die niederländische Sozialdemokratie, die den Tatsachen der schnell fortschreitenden Emanzipation in Ostindien Rechnung trägt.

In der weiteren Debatte setzte sich selbst der liberale Abg. Van Kompen für die Erziehung des indonesischen Volkes zu politischer Autonomie durch die Verwaltungsreform ein und lehnte die Bildung einer besonderen Provinz Sumatra aus ähnlichen Erwägungen wie Abg. Cramer ab. Dann aber sprach der "antirevolutionäre" Führer Colijn, der Mann der schärfsten Reaktion im Mutterlande wie in den Kolonien. Selbstverständlich hielt er an seinem Steckenpferde einer starken Dezentralisation in Ostindien fest, weil er sich davon, auch wenn er diesmal hierauf nicht weiter einging, eine Schwächung der nationalistischen Bewegung verspricht. Seine im übrigen hauptsächlich das Problem der Weltmarktpreise der indischen Kulturen behandelnde Rede wurde durch einen "christlich-historischen" Sprecher gleichen Schlages wirksam ergänzt. Der Letztere nahm sogar die chikanösen Haussuchungen der Indischen Regierung noch besonders in Schutz.

SPD. Leipzig, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend neun Uhr nahmen die Verhandlungen um die Gültigkeit des preussischen Landeswahlgesetzes vor dem Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Bumke lebhaften Fortgang. Ministerialdirektor Badt als Vertreter des Landes Preussen, nahm zu der Frage Stellung, wie weit das Reichswahlgesetz auf die Verfassung gewirkt habe und die Verfassung auf das Reichswahlgesetz. Er schildert die Entstehung des Reichswahlgesetzes und seine Annahme im Reichstag. Er betont nochmals, dass das preussische Landeswahlgesetz dem Reichswahlgesetz angepasst sei. Von dem Gesetzgeber, der kurz vorher die Verfassung geschaffen habe, sei unmöglich anzunehmen, dass er dies nicht berücksichtigt hätte. Er stellte die Frage an die Gegner, wie sie sich die Lösung vorstellen, wenn der Staatsgerichtshof das preussische Landeswahlgesetz für ungültig erkläre, das Reichswahlgesetz aber noch in alter Form weiter besteht. Denn für das Reich sei höchste und letzte Instanz der Reichstag. Es wür-

de zu unlöslichen verfassungsrechtlichen Zuständen führen. Der Gesetzgeber habe wiederum das Recht, ein Wahlsystem einzuführen, das er für das vollkommenste hält. Als Vertreter der Kläger behauptete Dr. Lobe, es handle sich bei dem Reichswahlgesetz um ein Ausnahmegesetz, das sich bei seiner Entstehung gegen die Kommunistische Partei gerichtet habe. Es sollte damals angeblich verhindert werden, dass viele kommunistische Abgeordnete als Vertreter einer kleinen Partei in den Reichstag kommen konnten. An Zitaten von Regierungsvertretern versuchte er nachzuweisen, dass das Gesetz eine Einschränkung und Durchbrechung der Verhältnisswahl bedeute. Der ehemalige preussische Landtagsabgeordnete Dr. Körner versuchte mit Zahlen die Nachteile des preussischen Wahlsystems zu beweisen und kritisierte die frühere Stellungnahme des Staatsgerichtshofes zum Reichswahlgesetz, sowie die Tätigkeit des preussischen Wahlprüfungsgerichtes und die parlamentarischen Auswirkungen des Reichstagswahlrechts, was den Vorsitzenden Veranlassung gab zu betonen, dass das Gericht diese Kritik als nicht gehört betrachten wolle. Präsident Lobe entgegnete den Vertretern des Landes Preussen, die Tatsache, dass ein Gesetz mit Majorität angenommen wurde, bürge nicht für seine Verfassungsmässigkeit. Gebe man zu, dass durch dieses Gesetz die Verfassung objektiv geändert sei und lasse es trotzdem gelten, müsse auch der Wortlaut der Verfassung geändert werden. Sonst sei die Verfassung nur ein Fetzen Papier. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes bittet daraufhin die Parteien, doch möglichst vor dem Staatsgerichtshof das juristische Moment darzulegen und nicht über Motive zu sprechen. Ministerialdirektor Badt betont nochmals, dass die Weimarer Verfassung dem Gesetzgeber vollständig freie Hand in der Wahl des Wahlgesetzes gelassen habe. Nachdem Ministerialrat Dr. Keisenberg und die Vertreter der Klageparteien nochmals das Wort ergriffen und sogar Dr. Körner als Antisemit Stellung zu den Fragen genommen hatte, wird die Urteilsverkündung auf Montag 12 Uhr festgesetzt.

SPD. Stuttgart, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die "nationale Frauengruppe Reutlingen" hat, nach der Mitteilung eines bauernbündlerischen Blattes, an Reichspräsident von Hindenburg ein Telegramm gesandt und ihn ersucht, keinesfalls die Young-Gesetze zu unterzeichnen und sich dadurch zum "Mitschuldigen an der Versklavung seines Volkes zu machen". Wie gross das Kaffee-Kränzchen war, das diese Depesche losgelassen hat, wird nicht mitgeteilt; es kann in der Industriestadt Reutlingen aber nicht gross sein.

SPD. Stuttgart, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Finanzausschuss des württembergischen Landtages wurde ein sozialdemokratischer Antrag, die im Etat vorgesehenen Zuschüsse zur produktiven Erwerbslosenfürsorge von 400 000 auf 2 500 000 Mark zu erhöhen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, eine wesentliche Überschreitung der angeforderten Mittel nicht zu beanstanden. Wirtschaftsminister Dr. Maier erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, weitere Mittel in dem Nachtragsetat anzufordern und teilte mit, dass für diesen Zweck noch 1,1 Millionen Mark Restmittel zur Verfügung stehen.

SPD. Paris, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf dem Montparnasse kam es in der Nacht zum Sonnabend zu einem regelrechten Gefecht zwischen zwei feindlichen Künstlergruppen, die sich seit längerer Zeit befehden. Die eine Gruppe hatte in einem neu eröffneten Nacht

lokal ein Kostümfest veranstaltet, das Fest war mitten im Gange, als plötzlich eine Gruppe der sogenannten "Surrealisten", einer dem Expressionismus verwandten Kunstrichtung, in den Saal einbrachen, allen voran der bekannte Dichter André Breton, der Verfasser des "Surrealistischen Manifestes". Es kam zu einer wüsten Schlägerei, bei der Tischbeine und Sektflaschen als Waffen benutzt wurden. Tote gab es zwar keine, aber eine ganze Reihe Leichtverletzter. Schliesslich landete die ganze Gesellschaft auf der Polizeiwache, von wo sie nach Feststellung der Personalien wieder entlassen wurde.

SPD. Stuttgart, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Klage der sozialdemokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages gegen die Verfassungsmässigkeit der Regierung Bolz-Bazille wird am Anfang der nächsten Woche vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig zur Entscheidung gelangen. Der Kernpunkt der Klage betrifft die Frage, ob die Bestimmung der Geschäftsordnung des Landtages, dass die Stimmenthaltungen als Nein zu zählen sind, nicht als verfassungswidrig zu gelten hat. Bekanntlich konnten die beiden gegen Bazille eingebrachten Misstrauensanträge nur aufgrund dieser Geschäftsordnungsbestimmung als abgelehnt bezeichnet werden.

SPD. Paris, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

In dem Kampf um Chérons Finanzpolitik ist am Sonnabend eine kurze Unterbrechung eingetreten. Die am Freitag abend erfolgte Rückkehr Tardieus, der unverzüglich für Montag einen Ministerrat einberufen hat, bewirkte, dass sich das Schwergewicht der Diskussion der Kammer in die politischen Kulissen verlegt hat. Die Kammer selbst begnügte sich, nachdem wieder nur etwa 40 Abgeordnete zur Sitzung erschienen waren, damit, die ersten unwesentlichen Artikel der Vorlage rasch zu erledigen und sich dann auf Montag zu vertagen.

Die Entscheidung über das Schicksal Chérons, des "Sorgenkindes im Kabinett Tardieu", dürfte erst im Laufe der nächsten Woche fallen. Sei es, dass sie bereits im Ministerrat am Montag erfolgt, sei es in der Kammer selbst, bei der Diskussion der Kardinalfrage, des Problems der Steuerermässigungen.

SPD. Paris, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die fünfzehn bei dem Grubenunglück in Rive Gier lebend begrabenen Arbeiter konnten noch nicht befreit werden. Am Freitag noch hoffte man, dass die Rettung bis zum Sonnabend morgen vollzogen sein würde. Inzwischen hat sich aber ein neuer Einsturz ereignet, der die Arbeiten ausserordentlich erschwert. In dem schmalen Stollen, den die Retter in fieberhafter Eile in der Richtung der Verschütteten vortreiben, kann immer nur ein Mann arbeiten. Die zu durchstehende Strecke wird auf 10 - 12 Meter geschätzt; wenn alles gut geht, können die 15 Bergleute am Sonntag abend gerettet sein. Die Versorgung der Gefangenen mit Pressluft und Nahrungsmitteln, sowie mit Lampen, da die alten bereits ausgebrannt sind, kann regelmässig durchgeführt werden. Die Eingeschlossenen sind voller Zuversicht und sprechen ihren Angehörigen, die Tag und Nacht vor dem Eingang zur Grube kampieren, Mut zu. In der Nacht zum Sonnabend liessen sie sich sogar ein Paket Spielkarten durch die Luftröhre hinunterwerfen, um sich die Zeit ihrer unfreiwilligen Gefangenschaft mit einer Partie Parté zu vertreiben.

SPD. Insterburg, 15. Februar (Eig. Drahtb)

In der Nachmittagssitzung des Pletschkaitis-Prozesses begannen die Rechtsanwälte ihre Verteidigungsreden. Alle sind der Ansicht, dass die Angeklagten zwar wegen Passvergehens und verbotenen Waffenbesitzes bestraft werden müssen, dass ihnen aber Vergehen nach § 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes nicht nachgewiesen seien. Es sei weder erwiesen, dass die Angeklagten ein gemeinsames Vergehen geplant noch die Absicht gehabt hätten, durch ein Sprengstoffattentat Leben, Gesundheit und Freiheit anderer Personen zu bedrohen.

Rechtsanwalt Valtin schilderte den politischen Werdegang seines Mandanten Pletschkaitis. Nicht aus persönlichem Egoismus heraus, sondern aus politisch idealen Gründen habe er gehandelt. Er sei zwar ein Revolutionär, aber kein Terrorist. Auch in führenden Stellungen als Sejm-Abgeordneter habe er nicht seine Stellung zu persönlichen Vorteilen missbraucht. Aus Verzweiflung habe er die Tat begangen, aus dem Drang, sich mit seiner Familie zu vereinigen. Er ist aber nicht der Bandenführer, der Räuber, als den man ihn hinstellen will; denn er hat nicht einmal seiner Verhaftung Widerstand entgegengesetzt, ist vielmehr um die Sicherheit seiner Häscher besorgt gewesen.

Ein besonderer Höhepunkt der Verteidigung war die Rede des Rechtsanwalts Levinsohn. Aus seiner Verteidigung wurde eine wuchtige Anklage gegen den litauischen Faschismus. Wenn hier von Terror gesprochen werde, führte er aus, so ist lediglich der ungeheure weiss-faschistische Terror in Litauen erwiesen worden, der mit mittelalterlichen Mitteln Torturen und Strafen Geständnisse erpresste. Unverständlich sei daher, dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen.

In längeren Ausführungen macht Pletschkaitis selbst nähere Angaben, die die Verteidigung wirksam unterstützen. Er sagt u.a. Deutsche würden sein Vergehen kaum verstehen, weil ihnen die Zustände in Litauen nicht bekannt sind, Zustände, die auch den ruhigsten Menschen zur Empörung und Verzweiflung treiben könnten. Was der Zeuge Zehler darüber berichtete, seien nur Episoden. Dennoch aber wollten sie (die Angeklagten) schweigen, müssten sie schweigen, aber sie hofften, dass auch Litauen von der Last einmal befreit werden wird. "Wollen Sie unsere Last, die schon unerträglich ist, noch mehr steigern? Womit haben wir das verdient? Wir sind keine Gemeinverbrecher sondern wir wollten lediglich unsere Angehörigen aus litauischem Terror befreien. Ist das ein Verbrechen? Wir sind unglückliche Menschen, aber keine Verbrecher."

Das Urteil ist erst in später Abendstunde zu erwarten.

SPD. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde am Sonnabend eine wichtige Entscheidung getroffen. Der § 15 des Gaststättengesetzes sieht vor, dass die oberste Landesbehörde den Ausschank von Branntwein sowie den Kleinhandel mit Branntwein für bestimmte Morgenstunden und ferner an Lohn- und Gehaltszahlungstagen, jedoch höchstens an zwei Tagen in der Woche, ganz oder teilweise verbieten oder beschränken kann. Diese Bestimmung wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzt sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und den Abgg. Dr. Strathmann (Dn) und Dr. Mumm (Chr. Nat. Arb. Gem.) zusammen. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde noch eine Ergänzung dahin beschlossen, dass das Verbot auch auf die Wahltage für den Reichstag, die Landtage und Gemeindevertretungen ausgedehnt werden kann.

SPD. Im Berliner Auswärtigen Amt wurde ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich über Fragen des gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutzes und des gegenseitigen Schutzes des Urheberrechts unterzeichnet.

Der Vertrag, der an die Stelle des Abkommens vom 17. November 1908 tritt und der Ratifikation bedarf, wird dem Reichstag vorgelegt werden.

SPD. Kommunisten spielten am Sonnabend in Berlin wieder einmal "Revolution". Etwa hundert junge Leute sammelten sich überraschend vor dem "Vorwärts"-Gebäude in der Lindenstrasse und zertrümmerten die Schaufenster des Vorwärts-Verlages. Als ein Überfallkommando anrückte, flüchteten die "Revolutionäre". In den Nachbarstrassen hielten sie noch einige Autodroschken an, die trotz des Streiks fahren, holten die Fahrgäste heraus und verprügelten die Chauffeurs. Dabei zertrümmerten sie auch die Fensterscheiben der Wagen.

SPD. Auch im Justizwesen sollen Ersparungen vorgenommen werden. Ein Gesetzesentwurf, der nächster Tage dem Reichsrat vorgelegt werden wird, will diese Ersparungen dadurch erreichen, dass die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilsachen von 500 auf 1000 Mark erhöht und die Berufungsgrenze gleichfalls stark hinaufgesetzt wird. Da die kleineren Amtsgerichte im Reich nicht immer voll beschäftigt sind, soll die Ernennung einzelner Amtsrichter zugleich für mehrere Gerichte erfolgen. Dagegen ist nicht beabsichtigt, Einzelrichter auch mit den Funktionen landgerichtlicher Kammern zu beauftragen.

SPD. London, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer Rede in Birkenhead richtete Aussenminister Henderson am Sonnabend eine Warnung an die Öffentlichkeit, die Aussichten der Flottenkonferenz nicht nach dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen zu beurteilen. Die Verhandlungen steckten im Augenblick tief in der Aussprache über Einzelheiten, wodurch nach aussen hin leicht der irreführende Eindruck einer Stockung entstehe. Jede Konferenz kenne solche Zeiten, wo nur langsame Fortschritte möglich seien. Henderson betonte, dass jede Delegation von der Notwendigkeit eines Erfolges überzeugt sei, und schloss mit einem Appell um Vertrauen.

SPD. London, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Bei einem Brand, der am Sonnabend in den frühen Morgenstunden in einem Hause in Bloomsbury in London ausbrach, fanden drei Frauen auf tragische Weise den Tod. Die Feuerwehr hatte bereits alle Anstalten zur Rettung der Bewohner des vierten Stockwerkes getroffen, als zwei Frauen, Mutter und Tochter, in ihrer Verwirrung in den Hof sprangen und tödliche Verletzungen davontrugen. Die alte Hausgehilfin dieser Familie, die fälschlicherweise den Sohn noch im Hause glaubte, stürzte sich in das brennende Gebäude und kam in den Flammen um.

SPD. Köln, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Voruntersuchung über die Schuldfrage bei der Eisenbahnkatastrophe in Buir bei Düren ist abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den Lokomotivführer, der den Unglückszug geführt hat, und gegen einen Reichsbahnobersekretär. Die Verhandlungen werden in Köln stattfinden.

SPD. Jnsterburg, 15. Febr. (Eig. Drahtb.)

Nach 1½ stündiger Beratung verkündete der Gerichtsvorsitzende folgendes Urteil :

Die Angeklagten werden wegen Verbrechens gegen § 8 des Sprengstoffgesetzes und Vergehen wegen Passvergehens und unerlaubten Waffenbesitzes bestraft und zwar Pletschkaitis zu drei Jahren Gefängnis, die anderen Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der vollen Untersuchungshaft. Die Kosten fallen den Angeklagten zur Last. Polizeiaufsicht ist zulässig.

In der Begründung des Urteils heisst es: Passvergehen und unerlaubten Waffenbesitz haben die Angeklagten eingestanden. Hierfür hat das Gericht ein und sechs Monate Gefängnis eingesetzt. Die Angeklagten sind auch schuldig nach dem Sprengstoffgesetz, da ihnen der Bombenbesitz einwandfrei nachgewiesen ist.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Verkehr mit Geistern.

Die Geheimnisse einer Unglücksvilla in Berlin-Dahlem - Erika und der alte "Konrad" - Wie man sich 400 000 Mark ergeistert - Strafanzeige auf Gegenseitigkeit.

SPD. Der Berliner Kaufmann Julius Blanke hat gegen die Frau des Berliner Chemikers Robert Weingärtner wegen Betruges auf spiritistischer Grundlage Strafanzeige erstattet. Es ist mit dieser Anzeige eine Affäre ins Rollen gekommen, mit der die Gerichte viel Arbeit haben werden. Blankes Anzeige richtet sich ausser gegen Frau Erika Weingärtner gegen ihren Mann und ihre Schwester. Frau Erika Weingärtner ist insbesondere beschuldigt, dem Blanke auf Befehl eines "Geistes" wie sie ihn auffasste, etwa 400 000 Mark abgeschwindelt haben. Die Schwester von Frau Weingärtner ist die Witwe des bei der Dahlemer Villenexplosion am 8. Januar 1928 ungetötenen Kaufmanns Willi Stammer. Robert Weingärtner, der Mann der Hauptwindlerin, ist nach dieser Katastrophe wegen fahrlässiger Tötung angeklagt und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach Annahme des Gerichts hatte sich in dem Keller des zerstörten Gebäudes ein Betrieb befunden, in dem explosive Stoffe lagerten; der Betrieb war polizeilich nicht gemeldet gewesen.

Diese Explosionsgeschichte spielt in die vom Berliner Landgericht III eingeleitete Voruntersuchung gegen Frau Erika Weingärtner geborene Gents mit hinein. Frau Weingärtner wird nämlich von Blanke auch wegen des Explosionsunglückes belastet. Im übrigen ist sie keine Schwindlerin, wie sie im Buche unserer Vorstellungen steht. Sie ist körperlich missrathen, vollkommen verkrüppelt, und nur mit Hilfe von Dritten kann sie sich überhaupt fortbewegen.

Erika Weingärtner diente früher Personen, die sich mit Spiritismus beschäftigten, als Medium. Insbesondere ist ihr das Talent zugeschrieben worden, dass sie im Trancezustand unerhört gute Bilder gemalt hätte. Im Jahre 1916 hat nun der Kaufmann Blanke, eine stark religiöse und allen okkulten Dingen zugelegte Persönlichkeit, Erika Weingärtner kennen gelernt. Als er sie das erste Mal besuchte, war nur Frau Emma Stammer anwesend. Frau Erika Weingärtner verfiel in einen angeblichen Trancezustand, in dem sie über Blankes Gesundheitszustand sprach. Ihren geistigen Inspirator nannte Frau Weingärtner "Konrad", der im übrigen im Jahre 1806 in Venedig ertrunken sei. Als Frau Weingärtner merkte, dass Blanke selbst den grössten Blödsinn glaubte, schwindelte sie ihm noch viel mehr vor. Blanke bezahlte all die kostbaren Wahrheiten mit hohen Geldsummen. Schliesslich beeinflusste Frau Weingärtner, auch hierin dem Rat ihres Führers "Konrad" folgend, Blanke in der Richtung, dass er sich mit 80 000 Mark an der Fabrik Chemische Werke Weingärtner & Co. beteiligte. Allmählich stellte Erika Weingärtner immer grössere finanzielle Ansprüche an Blanke. Besonders happig wurde sie, nach dem "Konrad" am 7. April 1916 verkündet hatte: "Wenn Menschenkinder edel wären würden sie den Mammon gerecht verteilen." Blanke musste sich auf Anraten "Konrads" auch an einem Möbelgeschäft der Stiefschwester von Frau Weingärtner beteiligen, nachdem der Geist vorher die Vorzüge von Weisslackmöbeln vor Korbmöbeln propagiert hatte. In der Nähe von Berlin wurden zwei Fabriken gegründet, wofür Blanke 50 000 Mark hergeben musste. Endlich musste Blanke auch eine Villa in Dahlem kaufen. Damit war dann das ganze Vermögen Blankes in Höhe von 400 000 Mark der Geisterseherin Erika Weingärtner zugeflossen.

Als im Januar 1928 die Dahlemer Villa in die Luft flog, verstand es Frau Weingärtner, sich mit Hilfe eines ärztlichen Attestes der polizeilichen Verneh-

mung zu entziehen. Ihre Stiefschwester, die Frau des bei dem Unglück getöteten Stammer, soll nun an dieser Explosionskatastrophe ebenso wenig unschuldig sein wie Frau Weingärtner selbst. Die Stiefschwester war mit Stammer sehr unglücklich verheiratet. Alles das stellt sich erst jetzt heraus. Herr Blanke glaubte noch lange Zeit an Frau Weingärtner, die ihn um alles gebracht hat und verweigerte die Aussage, weil "Konrad" sie verboten hatte. Jetzt, wo er sich nicht mehr durch "Konrad" und Frau Weingärtner gebunden fühlt, geht aus seiner Aussage hervor, dass der Sicherheitsteppich, der sonst immer in dem Laboratoriumsraum der Villa lag, kurz vor der Explosion entfernt worden ist; ferner bekundete Blanke, dass er am 7. Januar 1928 durch den Bruder der Frau Weingärtner, bei der er gewohnt hatte, zu räumen, weil sie ab 9. Januar an einen Fürsten vermietet sei.

Umgekehrt wird nun auch Blanke von Weingärtner schweren Betruges beschuldigt. Blanke soll als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Munitionsfabriken Weingärtner & Co. G.m.b.H. im Jahre 1919 einen vom Reichsverwertungsamt an die Firma gezahlten Betrag von 470 000 Mark nicht rechtmässig abgeführt, sondern zum grössten Teil für sich verwandt haben. Im übrigen bestreitet er überhaupt, dass Blanke in den spiritistischen Sitzungen seines Hauses anwesend gewesen wäre. Wenn Blanke ihr auch einmal 50 000 Mark gegeben habe, so wäre das eben ein reines Geschenk gewesen. Endlich behauptet Weingärtner, dass Blanke, der den Doktor- und Professorentitel trägt, sich diese Titel durch die Internationale Titelfabrik des flüchtigen Hildebrand verschafft habe, an den er wiederum dafür den Titel eines "montenigrinischen Generalkonsuls" für 5 000 Mark verkauft hätte, ohne dass die Regierung von Montenegro je von der Existenz ihres neuen Generalkonsuls eine Ahnung gehabt hätte.

+ + +

Von der Welt abgeschnitten. Der Schweizer Bundesbahnen stellen gegenwärtig im Herzen der Alpen, in einer Höhe von über 2 200 Metern, eine unterirdische Galerie zur Ableitung eines Teiles des Rheinwassers in den Ritomsee her, um dadurch den Inhalt dieses Staubeckens zu erhöhen. Die schwere Aufgabe erfordert viel Arbeit, die rasch beendet und daher den ganzen Winter hindurch fortgesetzt werden muss. Die Unternehmer sehen sich gezwungen, ganz spezielle Massnahmen zu treffen. Eine Schwebebahn führt bis zum Eingang des Tunnels, der eine Länge von nicht weniger als 920 Metern aufweisen wird. Ein solider Unterstand aus Stein enthält die Räume für eine kleine Garnison von 35 Mann mit allen notwendigen Dingen. Die Arbeiter werden während langer Wintermonate von jeder Zufuhr abgeschnitten sein. Eine spezielle elektrische Leitung leitet den Strom für Heizung und Küche aus dem Tal herauf. Immerhin wurde ausserdem noch ein Rohölmotor aufgestellt für den Fall des Bruches der Hochspannungsleitung durch Lawinen oder Schneefall. Mehrere dutzende Tonnen Proviant wurden an geschützten Ort konzentriert und man richtet sogar einen kleinen Stall für Schweine, Schafe, Ziegen und eine Kuh ein. Eine drahtlose Empfangsstation, ein Grammophon und eine Bibliothek stehen zur Verfügung.

+ + +

Brandstiftung im Arrestlokal. Im Gemeindearrest in Zajonczkow bei Kielece (Polen) haben die Häftlinge Feuer angelegt. Die Gemeindekanzlei verbrannte vollkommen. Unglücklicherweise kamen in den Flammen auch zwei Häftlinge um, während zwei weitere schwere Brandwunden erlitten.

+ + +

Hinter Gitterfenstern verbrannt. Im Val d'Intelvi am Colmersee wurde eine Seidenspinnerei durch eine nächtliche Feuersbrunst eingeäschert. Zwei Arbeiterinnen, die in der Fabrik übernachteten, konnten nicht flüchten, weil die Fenster ihres Aufenthaltsraumes mit Eisengittern versehen waren. Während die Bevölkerung das brennende Gebäude umstand, riefen die beiden Opfer vergeblich um Hilfe, bis sie in den Flammen umkamen.

+ + +

Vierfacher Mord in Mexiko. Beim Betreten einer Hazienda von Landarbeitern im Staate Queretaro wurde auf elf Studenten der Universität Mexiko geschossen; man hielt sie für unerwünschte Mitglieder einer religiösen Mission. Vier Studenten wurden getötet, sieben verwundet.

+ + +
Zwei Ernten in einem Jahr? Der Physiker Fritz Hildebrand hat in einem extra für seine Studienzwecke eingerichteten Laboratorium Bohnen, Kohlrabi, Kohl, Radieschen, Tomaten usw. unter der Einwirkung von kurzwelligem Strahlen, die jenseits des Infra-Rot liegen und nur die geringe Wellenlänge zwischen 30 Zentimeter und einem Millimeter besitzen, in normalem märkischen Sand hochwachsen lassen. Es stellte sich heraus, dass die Ausreifezeit der Samen etwa um die Hälfte der normalen Reifedauer gekürzt wurde. Bei Intensivierung und Verbreitung dieser Methode und bei Feststellung, welche Wellenlänge auf jede Pflanze am vorteilhaftesten wirkt, kann das in späterer Zeit einmal bedeuten, dass es möglich sei, den deutschen Erdboden zwei Ernten in einem Jahre zu entzaubern. Aber noch ist es nicht so weit.

+ + +
Ein unmenschlicher Vater. In dem ostbulgarischen Dorfe Orman-Petschele fasste der dort wohnende Türke Kassim Achmedow den grausamen Entschluss, seinen kaum erst zehnjährigen Sohn aus erster Ehe umzubringen, um später den zweiten und von seiner jetzigen Frau stammenden Jungen zum alleinigen Erben seines kleinen Landbesitzes machen zu können. Nachdem er einige vergebliche Vergiftungsversuche an dem Kinde vorgenommen hatte, führte er es schliesslich am Ramasan-Fest "zu einem kleinen Spaziergang" in den nahen Wald, fiel dort über den ahnungslosen Jungen her, tötete ihn durch zahlreiche Stiche in die Brust und ins Gesicht und zerstückelte die Leiche. Die Tat wurde am nächsten Tage aufgedeckt, und die Polizei musste den Mörder vor den Lynchversuchen der Dorfbewohner schützen.

+ + +
Neue Expedition zu Byrd. Polarforscher Byrd sitzt schon wieder im Eise fest. Nunmehr hat die Regierung von USA den holländischen Gelehrten Barnes mit der technischen Leitung einer Expedition zur Befreiung Byrds aus dem Südpoleis beauftragt. Professor Barnes, der augenblicklich am Mississippi Versuche zum Zwecke der Eisbekämpfung durchführt, hat abgelehnt, jedoch als Expeditionsleiter Dr. Moesfeld aus Utrecht (Holland) vorgeschlagen, der, mit ähnlichen wissenschaftlichen Studien beschäftigt, zur Zeit Kanada und die Vereinigten Staaten bereist. Moesfelds Antwort steht noch aus.

+ + +
Beben und Panik in Kreta. Ein starkes Erdbeben wurde auf der Insel Kreta wahrgenommen. In der Stadt Herakleon, wo die Stösse am heftigsten zu verspüren waren, wurde die Bevölkerung von einer Panik ergriffen. Hier, wie auch in den Städten Str. Torini, Patras und Athen stürzten die Leute aus den Häusern ins Freie.

+ + +
Frauen als Kriminalkommissare. Das erste Examen für weibliche Kriminalbeamte wurde in Berlin abgeschlossen. Die Prüfung, die nicht weniger als 4½ Monate gedauert hatte, wurde von acht Teilnehmerinnen bestanden. Drei der Kommissarinnen bleiben in Berlin, während die anderen im Reich Stellen besetzen werden.

+ + +
Dänendampfer in Altona gesunken. Im Altonaer Hafen sank der 700 Tonnen grosse dänische Viehdampfer "Esbern Snarre" infolge einer Kollision mit dem Flensburger Viehdampfer "Karl". Das Schiff, das Sojabohnen geladen hatte, sank nach wenigen Stunden. Der Dampfer "Karl" konnte nach Hamburg weiterfahren. Ursache des Unglücks ist vermutlich starker Nebel auf der Unterelbe.

+ + +

Raubtiertragödie. In einem Lodzer Zirkus hat ein alter Löwe, der zusammen mit zwei jungen Löwen dressiert werden sollte, bei einer Dressurprobe den Tierbändiger zu überfallen versucht. Es gelang dem Bändiger, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, worauf der wildgewordene Löwe mit zwei Prankenhieben dem einen seiner jungen Käfiggenossen die Wirbelsäule und dem anderen den Schädel zerschmetterte. Es ist ein äusserst seltener Fall, dass ein Löwe einen anderen tötet.

+ + +
Die Internationale des Arbeitersports. Ein grosses internationales Arbeitersportfest wird Pfingsten dieses Jahre in Amsterdam von dem Niederländischen Arbeitersportbund veranstaltet. Aus Deutschland, Belgien und England wurde Beteiligung zugesagt.

+ + +
Eine tschechische Päpstin. Den Redaktionen der Prager Blätter wurde diese Tage ein Buch eingesandt, dessen Autorin, die sich "Maria Katharina I. Päpstin" nennt, um Rezension bittet. Die Dame bemerkt gleichzeitig, dass gegen ihre Lehre nichts eingewendet werden darf. Das Buch beginnt mit den Worten: "Apostolischer Segen der ganzen Welt, der tschechischen Nation und Prag! Dieses Buch schreibe ich im Auftrage Gottes. Es möge als Lehre Gottes und Gebot Gottes betrachtet werden. Ich befehle der ganzen Kirche, ihre Lehre nach meiner zu verbessern. Maria Katharina I., Päpstin, Prag, 24. Oktober 1929". Am interessantesten sind die Anordnungen über die Ehe: "Kraft meines päpstlichen Amtes enthebe ich mit dem heutigen Tage der Verpflichtung zum ehelichen Gehorsam alle Frauen, welche den Männern den Eid des Gehorsams geleistet haben und erkläre den ehelichen Gehorsam für eine ungesetzliche, gotteslästerliche und verbrecherische Handlungsweise." Die neue Päpstin hat aber in dem ketzerischen Prag trotz der anbefohlenen Aufhebung des ehelichen Gehorsams noch keine Anhänger gefunden.

+ + +
Schulabbau in Berlin. zu Ersparniszwecken werden auf Grund der letzten Beschlüsse der Schuldeputation des Magistrats 387 Lehrer entlassen und 455 Schulklassen aufgelöst. Die Kinder der aufgehobenen Klassen müssen auf die übrigen Klassen verteilt werden. Die Mittel für Schülerwanderungen werden um 80 % gekürzt, die Mittel für die Wirtschaftsbeihilfe, die Arbeiterkindern gewährt wurde, um 25 %. Das Schulgeld an den höheren Schulen wird für die ausserhalb Berlins wohnenden Kinder um 25 Prozent erhöht, für die Berliner Kinder um 20 Prozent. Eine entsprechende Vorlage wird demnächst der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

+ + +
Versicherungsmörder Tetzner in Regensburg. Am Sonnabend wurde der Leipziger Reisende Tetzner, der im November vorigen Jahres in der Nähe von Regensburg bei der Verübung eines Versicherungsbetruges in seinem Auto einen Unbekannten verbrannte, ins Regensburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Der Transport von Strassburg nach Regensburg verlief ohne Zwischenfälle. Seitdem Tetzners Gesuch um Aufnahme in die Fremdelegion von den Franzosen abgelehnt worden ist, macht er einen völlig zusammengebrochenen Eindruck. Wenn er auch kein Geständnis abgelegt hat, so beharrt er doch auch nicht mehr auf seinem anfänglichen Leugnen. Ausser ihm befindet sich auch seine von Leipzig überführte Frau im Regensburger Gefängnis. Beide werden nun bis zur Durchführung des Mordprozesses vor dem Schwurgericht verbleiben. Die Personalien des im Auto verbrannten Landstreichers sind noch immer unbekannt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Starre Front.

Zum Geschäftsbericht der Arbeitgebervereinigung.

SPD. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat ihren Geschäftsbericht für den Zeitraum von 1927 = 1929 veröffentlicht. Er bringt Kenntnisse und Bekenntnisse. Eine Fülle wertvollen Materials über die Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie über die lohn- und sozialpolitische Bewegung im In- und Ausland wird in dem stattlichen Band des Berichtes, der mehr als 400 Seiten umfasst, mitgeteilt. Der Wert der Chronik, der für die soziale Entwicklung der Periode von 1927 - 1929 wichtigen Ereignisse liegt jedoch mehr in der allgemeinen Orientierung des Lesers als in der Aufhellung des Standpunktes der Vereinigung gegenüber den grossen lohn- und sozialpolitischen Streitfragen der letzten Jahre wie z.B. der Frage des Schlichtungswesens, der Arbeitslosenversicherung, der Reform der Arbeitsaufsicht usw. Das Ganze ist mehr ein Wegweiser durch die Vergangenheit als ein Pfadfinder zu neuen Ufern. Auch die Bekenntnisse der Vereinigung, die in der Einleitung zum Bericht und in seiner Schlussbetrachtung niedergelegt sind, bringen keine neuen Gedankengänge, sondern höchstens einige neue Töne, die aber nur sehr schüchtern und zurückhaltend angeschlagen werden.

Wieder einmal hört man zunächst die alte Klage, dass eigentlich die Arbeiter an der Arbeitslosigkeit schuld sind, weil sie durch ihre Lohn- und Sozialpolitik die Arbeitgeber zu einem überhasteten Rationalisierungstempo gezwungen hätten. Elegisch klingt es aus der Einleitung des Geschäftsberichts: man könne heute rückschauend sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Überlastung der Wirtschaft erzwungene Rationalisierung in unserer kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellem Tempo und zu grosser Ausdehnung vollzogen hat. Wieder einmal die Fabel vom Wolf und Lamm, zu viel und zu schnelle Rationalisierung? Technisierung und Rationalisierung sind eine Weltbewegung. England hinkt in dieser Bewegung sehr nach und trotzdem hat es eine Riesenarbeitslosigkeit. Amerika marschiert in der Rationalisierung an der Spitze und hat keine Sozialpolitik nach europäischem Muster. Technisierung und Rationalisierung lassen sich nicht aufhalten. Möglich und notwendig ist jedoch die Sicherung der Existenz der Arbeitskraft. Die glänzende technische Apparatur allein - das hat erst vor einigen Tagen Husemann auf der Reichskonferenz der Bergarbeiter nachdrücklich hervorgehoben - ist noch kein Fortschritt. Hauptsache ist, dass die Menschen Brot haben. Und eben deswegen ist im Zeitalter der Rationalisierung in einem Land wie Deutschland, in dem gottseidank die Arbeiter im Vergleich zu früher immerhin eine achtungsgebietende Stellung erobert haben, der "Primat der Sozialpolitik", über den die Vereinigung klagt, nur eine Selbstverständlichkeit. Die Vereinigung meint, es habe im Laufe der letzten Jahre vor allem an der Höflichkeit der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik gefehlt. Das klingt sehr geistreich, aber wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Auch die Sozialpolitiker der Arbeiterschaft können rechnen. Auch wenn sie allein regieren würden, müssten sie rechnen. Man kann jedoch auf verschiedene Weise sparen, und in einem Staat, in dem die Arbeiterschaft nur ein Stück der Macht besitzt, wird weniger für als an sozialpolitischen Ausgaben gespart. Nicht der grosse Kampf

um die Sicherung der Existenz des arbeitenden Menschen bedroht die Wirtschaft. Wenn kleinere und mittlere Betriebe im Gewerbe und im Handel dem Absterbeprozess verfallen sind, dann sind dafür ganz andere Gründe ausschlaggebend. Tiefe rein wirtschaftliche und technische Ursachen sind die treibenden Kräfte der Konzentrationsbewegung in der Industrie und die Schwierigkeiten der Landwirtschaft stammen ebenfalls gewiss nicht von zu hohen Löhnen oder von einem Zuviel an Sozialpolitik.

Die Welt ändert sich, auch wenn es die Arbeitgebervereinigung nicht sieht. Für die moderne arbeitende Menschheit ist es ein unerträglicher Gedanke, ewig ein Spielball der Irrationalität, der Schwankungen in der Wirtschaft zu sein, obwohl Mittel und Wege bereits vorhanden sind, um wenigstens die Grundbedingungen der menschlichen Existenz einigermaßen zu sichern und zu festigen. Sie will Plan und Vernunft in die Wirtschaft bringen. Die Vereinigung erklärt in ihrer Schlussbetrachtung zum Geschäftsbericht, es liege auf der Hand, dass eine Planwirtschaft durch die mit ihr verbundene Zentralisation der Verfügung über Wirtschaftsablauf = und =werte gerade am ausgeprägtesten die wirtschaftliche Oligarchie mit sich bringen müsste, die man heute dem Kapitalismus vorwerfe. Ein Blick auf die Lage in Russland sage über alles dies mehr als jede Auseinandersetzung. Dieser Hinweis auf Russland ist reichlich ungeschickt; denn die deutsche Arbeiterschaft lehnt in ihrer übergrossen Mehrheit das bolschewistische Experiment ab, weil sie weiss, dass eine Entwicklung nicht kommandiert werden kann, weil sie weiss, dass die Bolschewisten eben so wenig wie Peter der Grosse in Russland die geschichtliche Entwicklung überspringen können. Die Planwirtschaft ist nicht irgend ein fein ausgeklügeltes System, auf das die Arbeiterschaft förmlich zu marschiert, sondern eine Bewegung, die immer wieder gerade aus der Sozialpolitik und der Menschenökonomie heraus neuen Antrieb und neue Orientierung erhält. Die Sicherung der Existenz des arbeitenden Menschen und des Arbeitslosen ist ein Stück des Fundaments der kommenden Planwirtschaft. Hier handelt es sich um die Errichtung eines Damms zum Schutz gegen Fluten und Sturmfluten der unbeständigen See der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung, die selbstverständlich nicht an die Kette gelegt werden kann. Die Vereinigung meint, gewisse planwirtschaftliche Züge in der Regulierung des Arbeitsmarktes oder in der Wirtschaftspolitik des Staates, z.B. in der Zoll- und Handelspolitik berührten nicht die Wirtschaftsform. Diese sei nie auf dem Weg der Finanzwirtschaft umzugestalten, da ein bürokratischer Organismus nie die Anpassungsfähigkeit besitze, wie Durchschnittsbetrieb des kapitalistischen Systems. Die innere Einstellung bei einem Beamten sei ganz anders wie bei einem Unternehmer. Die Vereinigung weiss also noch nicht, dass ein Wirtschafts- und Betriebsleiter in der Planwirtschaft ein neues Organ, einen neuen Typus des wirtschaftenden Menschen darstellt, der weder Beamter noch Unternehmer alten Schlages ist. Neuen Wein giesst man in neue Schläuche. Die kommende Wirtschaft schafft sich aus eigenem heraus neue Organe.

Die Vereinigung hat, wie ihr Geschäftsbericht zeigt, aus den Sozialkämpfen der letzten Jahre nichts gelernt. Starr und unbeweglich steht ihre Front. Für die Arbeiterschaft eine Warnung. Sie steht einem noch immer unversöhnlichen Gegner gegenüber.

SPD. Am Montag, den 17. Februar wird der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Sitzung zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen vorwiegend die Fragen der Finanzpolitik des Reiches und im Zusammenhang damit die Erörterung der neuen, auf einen Abbau der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherung gerichteten Pläne des Reichsfinanzministers Moldenhauer. Da die Verhandlungen über die Etatsgestaltung und über die erforderliche Bereitstellung von Mitteln für die Arbeitslosenversicherung in diesen Tagen ihrer Entscheidung entgegengehen, kommt der Sitzung des Bundesausschusses eine erhöhte Bedeutung zu.

SPD. Zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Tariforganisationen der Arbeitnehmer bei den Reichsverwaltungen haben dieser Tage Verhandlungen zur Revision des Tarifvertrages stattgefunden. Bei den Betrugungen zeigte sich, dass man im Reichsfinanzministerium auch nicht entfernt daran denkt, den Wünschen der Arbeitnehmer einigermaßen gerecht zu werden. Es kam daher gleich zu Beginn der Verhandlungen zu einem Protest der Organisationsvertreter gegen die Art und Weise, wie die Vertreter des Ministeriums die strittigen Fragen behandeln wollten.

Bei 23 Punkten war nicht ein einziges materielles Zugeständnis der Behörde festzustellen; sogar bei einem Paragraphen, der längst strittig ist und über dessen Unhaltbarkeit auch die Vertreter des Reichsfinanzministeriums sich seit langem im klaren sind, war nicht das geringste Entgegenkommen festzustellen.

Bei den Gewerkschaften herrscht angesichts dieser Tatsachen der Eindruck vor, dass gewisse Referenten im Reichsfinanzministerium jedesmal, wenn sich Arbeitervertreter im Reichskabinett befinden, eine Politik ohne jedes soziale Verständnis einschlagen. Die Gewerkschaften haben bisher schon reichlich oft ihren Groll hinterunterschlucken müssen. Allein einmal geht es auch mit ihrer Geduld zu Ende. Die Organisationen haben deshalb einmütig beschlossen, den Tarifvertrag zum 31. März zu kündigen.

Bei den kommenden Verhandlungen wird es sich zeigen müssen, ob der Reichsfinanzminister und sein Staatssekretär sowie das Kabinett in seiner Gesamtheit sich vor dem Willen der für die Tarifstreitigkeiten der Arbeitnehmer bei den Reichsverwaltungen zuständigen Ministerialräte beugen oder ob man endlich den Mut aufbringt, eine selbständige Entscheidung zu treffen.

SPD. In der Tschechoslowakei führt zur Zeit der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech die amtliche Sozialpolitik. Bisher war das Ministerium für soziale Fürsorge in den Händen der Klerikalen. Ihr Parteifreund Monsignore Schramék war durchaus kein Arbeiterfreund. Dr. Czech muss daher manches nachholen, was bisher versäumt wurde. Er behandelte dieser Tage in Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses eingehend die Arbeitslosenfrage. Aus seinen Mitteilungen ergibt sich, dass auch in der Tschechoslowakei die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtert haben. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt rund 150 - 160 000. Die bisherige Regelung der Arbeitslosenfrage genügt nicht und deshalb wird an die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung gedacht, für die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat Beiträge leisten sollen. Ferner wird an einer Novelle zum Arbeitslosengesetz gearbeitet, die eine Verdoppelung der Unterstützungszeit und eine Erhöhung des Staatsbeitrages vorsieht. Eine Vorlage über die Regelung der öffentlichen Arbeitsvermittlung ist bereits fertiggestellt. Die Arbeitgeber sollen gezwungen werden, beabsichtigte Einschränkungen oder Einstellungen ihrer Produktion dem Ministerium anzuzeigen. Eine Arbeitseinstellung über 8 Stunden hinaus soll nur in ganz dringlichen Ausnahmefällen bewilligt werden.

Die bisherigen Mieterschutzgesetze will man bis Ende März 1931 verlängern. Dem Schutz der arbeitenden Jugend und der Kinder der Arbeitslosen wird nach den Forderungen des Sozialministers besonderes Augenmerk gewidmet werden. Der Minister forderte, dass die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung, die in den letzten Jahren stockte, jetzt endlich nach den Bedürfnissen der wirtschaftlichschwächeren Bevölkerungsschichten systematisch ausgebaut wird.

Wirtschaft Technik Handel

Beginn der Zollfriedenskonferenz.

SPD. Am Montag tritt in Genf eine internationale Konferenz zusammen, die über die Möglichkeit eines Zollfriedens beraten soll. Die Konferenz wird von allen europäischen Staaten beschickt sein; ausserdem haben Japan und Kuba Vertreter entsandt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika lassen sich durch einen sogenannten Beobachter vertreten. Es treffen sich diesmal in Genf nicht wie bei der Wirtschaftskonferenz unabhängige Sachverständige, sondern die Wirtschafts- und Handelsminister der beteiligten Staaten. Die deutsche Delegation steht unter Führung des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt. Ihr gehören u.a. der Reichsernährungsminister und als Sachverständiger der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding an.

Die Sozialisten aller Länder haben schon seit Jahren immer wieder die Abkehr vom Protektionismus gefordert, weil sie mit Recht in der nach dem Krieg überschäumenden protektionistischen Welle eine Hemmung für die Wirtschaftsentwicklung und einen Druck auf den Lebensstandard der Massen sehen. Die Rufe und Warnungen der sozialistischen Internationale sind jahrelang verhallt. Erst als sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der europäischen Länder im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen Aufschwung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika immer mehr zeigten, erkannte man auch im kapitalistischen Lager die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenarbeitens in der Wirtschaft. In einzelnen Industriezweigen beschritt man den Weg der Verständigung durch private internationale Kartellabmachungen und schliesslich kam es im Jahre 1927 zu der Einberufung eines internationalen Wirtschaftsparlaments, der Weltwirtschaftskonferenz, die sich mit der Vorbereitung einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik zu beschäftigen hatte. Die Weltwirtschaftskonferenz betonte aufs dringendste die Wichtigkeit des europäischen Zollabbaues und empfahl hier für drei Wege: Internationale Abkommen zur Beseitigung der allgemeinen Behinderung des Warenverkehrs, gemeinsamen Zollabbau der Länder zunächst für die industriellen Grundstoffe und verstärkten Abschluss von Handelsverträgen unter Einführung von Zollermässigungen. Diese Empfehlungen haben bisher nur auf eine Gebiet zu Ergebnissen geführt: die rohesten Hemmungen des Handelsverkehrs, die Ein- und Ausfuhrverbote, sollen nach einer internationalen Konvention ab 1. Juli 1930 ausser Kraft treten. Die kollektive Zollsenkungsaktion ist aber um keinen Schritt weitergekommen. Die europäischen Länder haben sich zwar seit dem Jahre 1927 in der Zollausrüstung, unter Druck der öffentlichen Meinung, mehr zurückgehalten als früher; das Zollniveau ist aber insgesamt nicht gesenkt worden und eine verstärkte handelspolitische Aktivität trat nicht in Erscheinung.

Die in Genf am Montag beginnenden Beratungen über einen Zollwaffenstillstand sollen nun die Grundlage für eine spätere Zollabrüstung abgeben. Die europäischen Länder sollen sich in einem internationalen Abkommen verpflichten, ihre Zollsätze über das an einem noch festzustellenden Stichtag bestehende Niveau nicht weiter zu erhöhen. Die Dauer dieser Vereinbarung denkt man zunächst auf zwei bis drei Jahre zu bemessen. Ausnahmen sollen nur für die sogenannten Finanzzölle zugelassen werden; das sind Zölle, die nicht zum Schutz der einheimischen Industrie, sondern lediglich zur Erzielung fiskalischer Einnahmen (in Deutschland zum Beispiel die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao) erhoben

werden, die jedoch in einem Katalog genau umgrenzt werden sollen. Man will ferner Bestimmungen aufnehmen, die eine Umgehung des Zollerhöhungsverbots durch Sonderbesteuerung ausländischer Waren und besondere Begünstigung der einheimischen Produzenten verhindern. Das ist im wesentlichen der Inhalt des der Konferenz vorliegenden Entwurfes. Es ist kein sehr weit gestecktes Ziel, aber Wandlungen in Politik und Wirtschaft lassen sich niemals auf einen Schlag, sondern nur etappenweise verwirklichen. Man darf aber nicht vergessen, dass die Stabilisierung des Zollniveaus unter Umständen der Ausgangspunkt für umfassendere Handelsverträge mit Zollabmachungen unter den europäischen Staaten sein könnte. Damit wäre viel erreicht.

Wie stehen nun die Aussichten für den europäischen Zollfrieden? Sie werden im allgemeinen pessimistisch beurteilt. Die Konferenz wird rein technisch darunter leiden, dass sie nicht genügend vorbereitet ist. Alle Welt hatte im letzten Jahr mit dem Youngplan zu tun. Dem gegenüber trat die drängende Zollfrage zu Brück. Soweit die Staaten in Frage kommen, haben sich die französischen Handelskammern gegen eine Festlegung der Zollsätze auf längere Zeit ausgesprochen. Nach der gleichen Richtung agitiert auch die französische Schwerindustrie. Sie fordert die Ablehnung des Zollwaffenstillstandes zugunsten von internationalen Kartellierungen und Zollunionen. Offenbar handelt es sich hierbei um ein Ver-schleppungsmanöver. Auf Ablehnung stösst der Entwurf eines Zollfriedens auch in Italien, Spanien, den Oststaaten und den Balkanländern. So werden vermutlich auf der Konferenz nur England, Deutschland und die skandinavischen Länder, möglicherweise noch Belgien und Oesterreich eine positive Stellung zum Entwurf einnehmen. Das Schicksal der Konferenz lässt sich deshalb auch schwer voraus-sagen. Es bleibt aber zu hoffen, dass die verständigungsbereiten Länder und die öffentliche Meinung der europäischen Welt auf den Gang der Verhandlungen einen starken Einfluss gewinnen. So könnte die Konferenz immer noch zu einem posi-tiven Resultat führen. Es droht allerdings die Gefahr, dass sich die Konferenz in Genf auf eine uferlose Diskussion der Probleme der Zollunion und eines wirt-schaftlichen Kontinentaleuropas abdrängen lässt. Diese Fragen bedürfen einer eingehenden Untersuchung und Durcharbeitung und können auf der Konferenz nicht in wenigen Tagen geklärt werden. Die Freunde eines Zollfriedens tun deshalb schon gut, wenn sie sich auf ein konkretes Ziel einstellen, nämlich auf die Ver-ständigung über ein internationales Abkommen zur Festlegung der Zölle.

SPD. Die Bäckermeister haben uns seit Wochen versichert, dass die Brot-preisermässigung endlich in Fluss gekommen sei. Besonders soll sich nach Dar-legungen der Bäckermeister im Januar eine starke Abflachung der Roggenbrot-preise vollzogen haben. Nun liegen die Erhebungen des Preussischen Statistische Landesamtes für den Monat Januar und für 51 preussische Städte vor. Sie besagen folgendes:

	<u>Juni 1929</u>	<u>Dezember 1929</u>	<u>Januar 30</u>
	(Preis für 1 Kilogramm in Pfennigen)		
Roggenbrot (Schwarzbrot)	34,8	35	34,4
Roggenraubrot (mit Zusatz von Weizen-mehlen oder aus feinem Roggenmehl)	41,1	41,2	41,2
Weizenkleingebäck (Semmel und dergl.)	78,1	79,2	79,3
Roggenmehl (gewöhnliches)	40,4	40	39,6
Weizenmehl (etwa 60%iger Ausmahlung)	49,1	52,4	52,4

Den Preisen im Monat Dezember 1929 und Januar 1930 stellen wir die Prei-se von Juni 1929 gegenüber, also die Brotpreise vor der Ernte 1929, die den gros-sen Preissturz auf den Getreidemärkten auslöste. Es ergibt sich, dass der Preis für das eigentliche Roggenbrot sich um 0,3 Pfennig pro Pfund abgeflacht hat. Der Preis liegt aber immer noch auf der Höhe von Juni 1929. Also Rückwirkungen Roggenpreissturzes auf den Roggenbrotpreis sind so gut wie nicht eingetreten.

Der Preis für Roggenraubrot ist im Januar unverändert geblieben. Der Roggenraubrotpreis hat sich auch in Berlin, wo die Bäckermeister besonders viel von einer Preissenkung fabelten, mit 40 Pfennigen nicht verändert. Der Preis liegt gegenwärtig, wenn auch gering, über dem Preis von Juni 1929. Beim Weizenkleinbäck ist eine Preiserhöhung eingetreten. Der Preis liegt ebenfalls über dem Stand von Juni 1929. Der Preis für Roggenmehl hat sich gesenkt. Beim Preis für Weizenmehl, der gleich geblieben ist, liegt auch eine starke Erhöhung gegenüber Juni 1929 vor. Dem gegenüber vergleiche man die Bewegung der Roggen- und Mehlgrosshandelspreise:

	<u>Ende Juni</u> 1929	<u>Ende Dezember</u> 1929	<u>Mitte Febru-</u> <u>ar</u> 1930
	(in Reichsmark)		
Roggennotierung an der Berliner Börse pro Tonne	200-202	168,5-170,5	159-163
Weizen	230-231	250 -251	236-239
Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin	27,25-29,50	23,25-26,90	21,15-24,10.

Der Sturz der Roggenpreise hat sich bis in die letzten Tage, trotz staatlicher Stützungskäufe, fortgesetzt. Auch der Roggenmehlpreis ist heute noch immer im Rückgang begriffen. An den Brotpreisen merkt man davon nichts. Wenn tatsächlich das Bäckergerwebe in den 6 Wochen des neuen Jahres irgendwelche verteuerte Produktionskosten gehabt haben sollte, dann hätte das Gewerbe diese durch den billigeren Mehlpreis mehr als ausgleichen können. Reserven für eine Preisverbilligung sind also unzweifelhaft vorhanden.

Die Entwicklung der Preise beweist nur, wie notwendig die Bestimmung in dem neuen Brotgesetz ist, wonach das Bäckergerwebe dem Deklarierungszwang unterworfen ist und das Brot nach Gewicht zu verkaufen hat.

SPD. Die mit einer gewissen Spannung erwartete Generalversammlung der Aktionäre der Reichsbank, in der das Einverständnis mit dem neuen Bankgesetz und der neuen Gewinnverteilung eingeholt werden sollte, hat am Sonnabend stattgefunden. Der alte Traditionssaal mit dem Kaiser-Wilhelmbild (immer noch!) war zu klein; es musste eine Bürohalle ausgeräumt werden, um die Versammlung zu fassen, da der bekannte Betriebsanwalt Winter, der immer noch die Gutgläubigkeit vieler Leute missbraucht, seine Mannen als Oppositionsgarde mitgebracht hatte.

Die Versammlung leitete der Reichsbankpräsident Dr. Schacht wie üblich mit einer Rede ein. 500 000 Kilogramm Gold im Werte von 1½ Milliarden Mark, so führte Dr. Schacht aus, hätten in dem währungspolitisch unruhigen Jahre 1929 die deutschen Grenzen passieren müssen. Das Reich habe zur Erleichterung seiner Finanzlage darum gebeten, dass die noch geschuldeten 80 Millionen Mark erst bis zum Jahre 1939 getilgt werden müssen; die Finanzlage des Reiches sei auch insofern erleichtert worden, als die Tilgung der Rentenmark bis 1942 verschoben und das Reich seinen Tilgungsbeitrag von 1930 ab aus den erhöhten Reichsbankgewinnen entnehmen könne. Dem Appetit der Anteilseigner auf noch grössere Reserveauschüttungen als das bisherige glänzende Angebot es schon vorsieht begegnete Schacht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, dass der Baufond von 30 Millionen Mark für den Neubau der Reichsbank unbedingt notwendig sei. Dr. Schacht stellte dann Punkt 1) und 2) der Tagesordnung (Genehmigung der Bilanz und neues Bankgesetz) zur Diskussion.

Die Diskussion war lebhaft und durch das choleriche Querulantentum des Betriebsanwalts Winter teilweise sogar stürmisch. Ein Rechtsanwalt und ein Aktienrechtler verfochten im Namen der "vornehmen" Anteilseigner, die auch nicht genug bekommen können, die absurde Theorie, dass eigentlich das gesamte Vermögen der Reichsbank restlos den Anteilseignern gehöre und dass nicht von einer "Abfindung" der Anteilseigner gesprochen werden dürfe; vielmehr hätten die Anteilseigner "die schnekende Seele" und es würden von ihnen dem Reiche Opfer ge-

brächt, statt dass das Reich etwas zu fordern hätte. Für diese Herren scheint es sich von selbst zu verstehen, dass das Reich für ein auf 50 Jahre gewährtes Notenmonopol, aus dem fast ausschliesslich alle Gewinne erzielt werden, nichts zu verlangen habe. Ingeheim waren natürlich auch diese "ritterlichen" Verfechter des Privateigentums an "Gewinnen, die man nicht verdient hat, sehr froh über die glänzende Abfindung, die sie erhalten werden.

Der Betriebsanwalt Winter forderte die Vertagung der Generalversammlung, weil diese keine Zeit gehabt habe, die neuen Bankbestimmungen gründlich zu studieren. Für das Niveau seiner Ausführungen ist die Bemerkung charakteristisch, dass die Reichsregierung von sich aus keine Änderung des Bankgesetzes vorzuschlagen gewagt habe, weil sie so viel Geld von der Reichsbank, d.h. von den Anteilseignern jetzt in die Tasche stecken dürfe. Charakteristisch auch die andere Bemerkung Winters: der teuer bezahlte Reichstag nehme seine Arbeit nicht ernst. Leider hat Herr Schacht es nicht für nötig gehalten, diese Bemerkungen zurückzuweisen. Da Winter mit dem Vertagungsantrag zugleich auch Schluss der Debatte verlangt hatte, konnte der sehr geschickte Versammlungsleiter Dr. Schacht den Antragsteller mit seinen eigenen Waffen schlagen und zum Schweigen bringen. Durch einen Missverständnisantrag gegen Dr. Schacht wegen dessen politischer Haltung gegenüber der Reichsregierung im Monat Dezember versuchte sich Winter dann einen guten Abgang zu sichern. Dr. Schacht ging aber mit der Bemerkung zur Tagesordnung über, dass der Antrag geschäftsordnungsmässig unzulässig sei.

Es konnten dann die Abstimmungen erfolgen, die die Genehmigung der Gewinnrechnung, die Zustimmung zum Bankgesetz und zur Gewinnverteilung gegen die lächerlich geringen Stimmen der Winter'schen Oppositionsgruppe ergaben. In den Generalrat wurden Louis Hagen und Franz Urbig wiedergewählt, in den Zentralausschuss trat Hugo Bästlein vom Zentralverband der Konsumvereine neu ein; der Edle von der Planitz - aus dem verkrachten Adelsbankhaus Krause & Co. - hat sein Amt im Zentralausschuss freiwillig niedergelegt.

SPD. In der Radioindustrie ist ein neuer Streit ausgebrochen. Der Telefunkenkonzern hat seinen Vertrag mit der Firma Lorenz fristlos gekündigt. Als Grund wird eine Abmachung zwischen Lorenz und dem holländischen Philipskonzern angegeben, wonach Lorenz die Belieferung der Deutschen Philips-Gesellschaft mit Rundfunkempfangsapparaten durchzuführen hat. Die Telefunken stellt sich auf den Standpunkt, dass Lorenz nicht das Recht habe, Philips mit Rundempfängern zu beliefern, für die Telefunkenpatente benutzt worden sind.

SPD. Die Deutsche Hypothekenbank verteilt wie im Vorjahr 11 % Dividende. Die Einnahmen aus Hypothekenzinsen erhöhten sich von 5,72 Millionen Mark im Vorjahr auf 7,47 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Kommunaldarlehenszinsen, nach Abzug der Verwaltungsbeträge, von rund 585 000 auf 1,136 Millionen Mark. Die Goldhypothekenanlage der Bank ist von rund 87 Millionen auf 106 Millionen Mark gestiegen. Die Kommunaldarlehen erfuhren eine Erhöhung von 10,9 auf 12,11 Millionen Mark.

Ruhig und matt.

(Getreidebörse vom 15. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend konnte sich nur wenig Verkehr entwickeln. Die Stimmung war im allgemeinen recht matt. Nur Roggen in effektiver Ware, der wieder gestützt wurde, konnte seinen Kurs behaupten. Dagegen war Roggen am Markte der Zeitgeschäfte um etwa 2 Mark rückläufig. Weizen verlor im Zeithandel etwa $1\frac{1}{2}$ Mark. In effektiver Ware war das Angebot zwar nicht dringend, da jedoch billige Auslandsware reichlich angeboten war, gingen auch hier die Preise um etwa 1 - 2 Mark zurück. Auf Grund dieser ermässigten Preise fand das gesamte Angebot leicht Aufnahme. Das Mehlgeschäft stockt weiter vollkommen. Lediglich für den Tagesbedarf wird Material gekauft, für Hafer blieb die Stimmung stetig, jedoch waren auch hier nur wenig Umsätze zu verzeichnen.

	14. Februar	15. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	237 - 240	236 - 239
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 149	140 - 150
Hafer	126 - 136	126 - 136
Loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,50-35,00	28,50-35,00
Roggenmehl	21,25-25,00	21,15-24,10
Weizenkleie	7,75- 8,50	7,75- 8,50
Roggenkleie	7,75- 8,25	7,75- 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 250-250 $\frac{1}{4}$ (Vortag 251 $\frac{3}{4}$), Mai 261 $\frac{3}{4}$ -261 $\frac{1}{4}$ und Geld (262 $\frac{1}{2}$), Juli 270 und Geld (272). Roggen März 170 $\frac{1}{2}$ (172 $\frac{1}{2}$), Mai 179-178 $\frac{3}{4}$ Brief (181), Juli 181 und Brief (182), Hafer März 140-140 $\frac{1}{2}$ (140 $\frac{1}{2}$), Mai - (147 $\frac{1}{2}$), Juli - (152 $\frac{1}{2}$).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 15. Februar: I. 158 Mark, II. 143 Mark, III. 127 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Der Konsumverein Sendling-München, die grösste Verbrauchergenossenschaft Süddeutschlands, befindet sich trotz der wütenden, durch die bayerische Regierung gestützten Angriffe der Mittelständler in einer unterbrochenen Aufwärtsbewegung. Aus dem Halbjahresbericht der Konsumgenossenschaft (44. Geschäftsjahr) ist eine Mitgliederzunahme von 6 100 auf 56 250 und ein Mehrumsatz von 2 Millionen Mark = 21% gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ersichtlich. Im April 1930 soll eine neue Wurstfabrik in Betrieb genommen werden.

Von besonderem Interesse ist, dass der Konsumverein Sendling-München in den letzten beiden Jahren an 103 ansässige Handwerksmeister Aufträge im Gesamtwert von 675 000 Mark gegeben hat. Darin sind die umfangreichen Grossbauten und Grossreparaturen nicht berücksichtigt. Angesichts der fortwährenden Hetze der Mittelständler werden sich die Konsumgenossenschaften sicher überlegen, ob sie diese Auftragspolitik überhaupt beibehalten können.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 15. Februar 1930.

Karneval auf Majorca.^x

Von Blasco Ibanez.

SPD. Eines Tages im Jahre 1838 bemerkten die Bewohner der Mittelmeerinsel Majorca und die Spanier, die sich, um den Schrecken des Bürgerkrieges zu entgehen, dorthin geflüchtet hatten, die Ankunft eines Fremden, der von einer Frau und zwei Kindern, einem Knaben und einem Mädchen, begleitet war. Als man das Gepäck an Land brachte, bewunderten die Insulaner mit offenem Munde ein riesiges Klavier, einen Erard, wie man ihn damals nur selten zu sehen bekam. Einige Tage lang musste das Instrument auf dem Zollamt stehen bleiben, bis der Argwohn der Beamten besänftigt war. Die Reisenden stiegen in einer Herberge ab, die sie aber bald wieder verliessen, um in der Nähe von Palma eine Villa zu mieten. Der Fremde war offenbar krank. Er erschien jünger als seine Begleiter, aber sein Gesicht war von Gram zerfurcht und durchscheinend bleich wie eine Hostie. Seine Augen glänzten im Fieber, und seine schmale Brust wurde ständig von einem trockenen Husten erschüttert. Er trug einen dünnen Vollbart. Eine Löwenmähne krönte seine Stirn und fiel in dichten Locken auf seinen Nacken. Die Frau hatte ein männliches Auftreten. Sie war im Hause Herr und beschäftigte sich mit allem. Sie spielte mit den Kindern, als ob sie in gleichem Alter wäre. Aber man hatte das dunkle Gefühl, als ob mit dieser Familie etwas Aussergewöhnliches zusammenhing: eine Art Erbitterung und Auflehnung gegenüber den Gesetzen, die für andere Menschen galten. Die Fremde trug etwas phantastische Kleider. In ihren Haaren steckte ein silberner Dolch, ein sonderbarer Schmuck, der die frommen Leute von Majorca in Empörung versetzte. Ausserdem ging sie niemals zur Messe, machte auch keine Besuche. Sie verliess nur das Haus, um mit ihren Kindern zu spielen oder um den armen Schwindsüchtigen in die Sonne zu führen. Die Kinder sahen ebenso sonderbar aus wie ihre Mutter. Das Mädchen trug Knabenkleidung, um ungehindert querfeldein springen zu können.

Bald hatten die neugierigen Inselbewohner die Namen der beiden verdächtigen Fremden herausgebracht. "Sie" war eine Französin, Schriftstellerin, und hieß Aurore Dupin, eine frühere Baronin, die von ihrem Manne getrennt lebte. Sie war weltberühmt durch ihre Romane, die sie unter dem Namen George Sand schrieb. "Er" war ein polnischer Musiker, ein Mann von empfindlicher Natur, der für jedes seiner Werke ein Stückchen seines Lebens opfern musste, und der mit neunundzwanzig Jahren schon vom Tode gezeichnet war. Er hiess Friedrich Chopin. Der Junge und das Mädchen waren die Kinder der Romanschriftstellerin, die schon im fünfunddreissigsten Lebensjahre stand.

Die "gute Gesellschaft" der Insel Majorca, von ererbten Vorurteilen befangen, empörte sich über einen solchen "Skandal". Man denke, die Leute waren noch nicht einmal verheiratet! Und die Frau schrieb Romane mit einer Freiheit, die "anständigen" Menschen die Schamröte ins Gesicht trieb. Man hielt sich daher fern von den Fremden. Während die Mutter mit den Kindern draussen herumtollte, hockte der Kranke im Zimmer hinter den Fensterscheiben und hustete, oder er stand an der Tür, um die wärmende Sonne zu suchen. Nachts, zu vorge-rückter Stunde, weckte seine wehmütige und kränkliche Muse ihn auf. Hustend und stöhnend sass er dann am Klavier und schuf seine Kompositionen, aus denen trüb-bittere Wollust sprach.

Der Besitzer der Villa; ein Bürger der Stadt Palma, legte den Fremden bald nahe, auszuziehen. Der Künstler war schwindsüchtig; konnte er da nicht das Haus verpestet? Doch wohin nun gehen? Nach Frankreich zurückzukehren, war unmöglich. Man war mitten im Winter, und Chopin zitterte wie ein verlassenes Vögelchen, wenn er an die Kälte in Paris dachte. Mochte die Insel auch ungastlich sein, aber er liebte sie wegen ihres milden Klimas. Nun bot sich den Verlassenen als einzige Zuflucht die Klausnerei von Valldemosa, ein schmuckloses Gebäude aus dem Mittelalter, das keine andere Schönheit besass, als sein Alter. Aber es lag zwischen tannenbewaldeten Höhen und war durch einen Vorhang von Mandel- und Palmenbäumen vor den Strahlen der Sonne geschützt. Die Klausnerei war ein halb zerfallenes Bauwerk, ein romantischer, unheimlicher und geheimnisvoller Platz mit seinen Klosterruinen, in denen Landstreicher und Bettler hausten. Um dorthin zu gelangen musste man den früheren Mönchsfriedhof durchqueren, dessen Gräber die Gewalt der Baumwurzeln gesprengt hatte, sodass die Gebeine offen auf der Erde verstreut lagen. Bei Vollmond, so sagte man, irre hier der Geist eines verwunschenen Mönches an der gleichen Stelle, an der er einst gesündigt habe, umher, um die Stunde des jüngsten Gerichtes zu erwarten.

In dieser Klausnerei fanden die Fremden an einem regnerischen Herbstabend Unterkunft und verbrachten hier in der Einsamkeit den ganzen Winter. "Sie", immer in Pantoffeln und den kleinen Dolch im zerzausten Haar, wirtschaftete tüchtig in der Küche. Eine Bauerndirne half ihr dabei, die, da man sie nicht beaufsichtigte, heimlich die für den "lieben Kranken" bestimmten Leckerbissen in ihren eigenen Magen wandern liess. Die Strassenjungen von Valldemosa bedachten die Kinder mit Steinwürfen und verfolgten sie als "Heiden" und "Feinde Gottes". Die Frauen betrogen die Fremde, wenn sie ihr Lebensmittel verkauften, und nannten sie die "Hexe". Alle Bewohner aber bekreuzigten sich und wichen den "Zigeunern" aus dem Wege, da sie neben den Toten und gemeinsam mit dem herumspukenden Mönchsgespensst zu hausen wagten.

Tagsüber, während der Kranke schlief, versorgte die Romanschriftstellerin den Haushalt und half mit ihren feinen, weissen Fingern dem Mädchen Kartoffel schälen. Dann ging sie mit den Kindern an die mit Gebüsch bewachsene Meeresküste von Miramar, nach jener Stelle, an der einst der weise Raymund Lullus seine Hochschule gegründet hatte. Aber eigentlich erst gegen Abend begann die fremde Frau zu leben. Dann klang plötzlich durch die weiten und düsteren Gewölbe eine geheimnisvolle Harmonie, die von ferne, wie durch dicke Mauern zu kommen schien. Chopin sass am Klavier und schuf ein Nocturno. Und beim Schein einer Kerze schrieb George Sand ihren Roman "Spiridon", die Geschichte jenes Frommen, der schliesslich allen Glauben von sich wirft. Oft unterbrach sie, von einem Hustenanfall des Kranken aufgeschreckt, ihre Arbeit und eilte zu ihm, um ihm einen erfrischenden Trunk zu bereiten. Nachts, wenn der Mond schien, überfiel sie bisweilen Angst und süsser Schauer vor geheimnisvollem Treiben. Sie schritt zwischen den Klosterruinen dahin, aus deren Fenstern das Licht bleiche Streifen in das Dunkel warf. Nichts, kein Mensch! Sie setzte sich in dem Mönchsfriedhof nieder und wartete vergeblich darauf, dass das Erscheinen des Gespenstes das eintönige Leber mit einem romantischen Zwischenfall belebte. - Während einer Nacht um die Karnevalszeit wurde die Klausnerei von den "Mohren" überfallen. Das waren junge Leute aus Palma, die sich als Araber kostümiert hatten. Sie kamen um Mitternacht und stöten mit ihren Gesängen und Gitarren die unheimliche Klosterruhe, dass die Flüchtlinge wie scheue Nachtvögel in ihrer Ruine aufschrecken. In einer Zelle führten die Masken spanische Tänze auf. Mit fieberglühenden Augen folgte Chopin ihren Bewegungen, während George Sand, heiter wie ein Kind, von Gruppe zu Gruppe lief und sich bedankte, dass man auch ihrer gedacht habe.

Das war die einzige Nacht des Glückes in Majorca. Als der Frühling kam, reisten die Fremden ab, um nach Paris zurückzukehren. Sie waren wie Zugvögel und hinterliessen keine andere Spur als die Erinnerung an ihren Aufenthalt.

(Berechtigte Uebertragung aus d. Spanischen von

Bodo M. Vogel.)

Sonntagsprediger im Lustgarten.

SPD. Hamburg hat sein Heiligengeistfeld, Leipzig seinen Augustusplatz und den Reichsgerichtsplatz dazu, Köln den Neumarkt, Berlin aber hatte einmal einen Platz, der allerdings grösser war als alle anderen zusammen genommen: das Tempelhofer Feld. Doch da stehen heute die Flugzeugschuppen der Lufthansa, und das riesige Gelände ist eingezäunt von roten Neonlampen, was noch nicht das schlimmste wäre, wenn nicht alle paar Minuten dort die Aeroplane starten und landen und das Tempelhofer Feld zu einem recht gefährlichen Aufenthaltsplatz machen würden. Wer deshalb in Berlin demonstrieren und die Masse seiner Anhänger auf einem einzigen grossen Platze zusammenballen will, der muss mit dem von Blumenbeeten und Rasenflächen unterbrochenen und an der Spreeseite sogar von Bäumen bestandenen Lustgarten fürlieb nehmen. Wobei wir das Reiterdenkmal und die Granitschale vor dem Alten Museum als Hindernisse garnicht einmal mitzählen wollen. Gegenwärtig ist auch dieser Lustgarten gesperrt, weil weder die äusserste Rechte noch die äusserste Linke mit der Demonstrationsfreiheit haushalten konnten, und die Domglocken werden nicht mehr übertönt von den Schalmeikapellen der Roten Frontkämpfer, noch werden die Möven an der Schlossbrücke aufgeschreckt durch die Racheschreie der Hakenkreuzler.

Aber als ob der Lustgarten keine Ruhe mehr finden soll: in die Fusstapfen der Demonstranten sind fromme Glaubenseiferer getreten. An jedem Sonntag nachmittag ziehen ganze Kolonnen von Amateurpredigern in den Lustgarten, um das Wort Gottes zu verkünden, Choräle abzusingen und Traktätchen zu verteilen. Ihre Frauen und Kinder bringen sie mit, damit jemand da ist, der die erste und zweite Stimme singt. Da jedoch nicht dauernd gesungen wird, stehen die Kinder und die Frauen umher und frieren. Derweilen lesen die Männer aus dem Neuen Testament vor und erläutern das Vorgelesene, ungewandt in der Sprache und primitiv an Gedanken. Die Spaziergänger, die stehen geblieben sind und einen Halbkreis um diese seltsamen Apostel bilden, wissen nicht recht, was sie von der ganzen Sache halten sollen. Von ihren Gesichtern liest man weder ein "ja" noch ein "nein". Sie passen nur auf, dass ihnen die armen Schlucker, denen jeder ansieht, dass sie nichts in die Milch zu brocken haben, nicht zu nahe kommen, sodass der Mann mit den Ohrenklappen und der altmodischen schwarzen Krawatte sich sputen muss, wenn wenigstens die Hälfte der noch während des Gesanges weglaufenden Zuschauer eine Einladung für die um 8 Uhr abends stattfindende Bibelstunde erhalten soll.

Diese Bibelstunde kann sich jeder aussuchen, denn die Gesellschaft für Evangelisation und Wohlfahrtspflege für Gross-Berlin, die Spitzenorganisationen aller frommen Gemeinschaften, Vereine und Sekten, von der Berliner Missionsgesellschaft angefangen über die Knappen des Pastors Friedrich von Bodelschwingh in Bethel bei Bielefeld bis zur Judenmission, die alle zusammengenommen haben in Berlin nicht weniger als 92 Andachtsräume, grosse und kleine, in Vorderhäusern und Hinterhäusern. Die meisten liegen in den Proletariervierteln. Im Stadtbezirk Tedding sind allein dreizehn, und in der Koppenstrasse, der Strasse der "Immertreu" Schlacht seligen Angedenkens des Auswandererelends und der Chinesenkeller, sind gleich zwei. Wer aber, vom Potsdamer Platz ausgehend, sich die Mühe machen würde, durch den Berliner Westen nach dem Grunewald hinauszupilgern, der wird vergeblich nach einem Missionssaal Ausschau halten. Dafür kann man aber wieder in Wunsdorf zur Bibelstunde gehen oder in Neuseddin, Orten, die keine zehntausend Berliner kennen.

Wie die Gegenden, in denen sie stehen, sind auch die Missionssäle arm, ganz arm. Der, in dem wir waren, ist weiter nichts als ein uralter, verlassener Werkstatttraum, dessen rohe Ziegelwände dürftig mit Kalk übertüncht sind, und wo an der gewölbten Wellblechdecke noch die Reste der Transmissionen und die Schienen für Laufkatze hängen. Links an der Wand, über den Gasrohren, ist ein kleines Schalterfenster, durch das man in ein ausgestorbenes Büro sehen kann. Vor die anderen

grossen Fenster hat man weisse Gardienen gehängt, dazwischen in altmodischen Lettern fromme Sprüche angeschrieben und so viele hellgrügestrichene Bänke in den Raum getragen, dass zweihundertundfünfzig Menschen dort sitzen können. Dazu ein Harmonium und ein Katheder.

An jenem Abend waren etwas über hundert Besucher zur "Evangelisationsstunde" gekommen, davon neunzig Frauen im Greisenalter mit Krampfaderbändern an den Beinen, schütterem Haar und verarbeiteten Händen, ganz arme Leute, die der Wohlfahrtspfleger jenes Bezirks noch besser kennen wird als der Missionar. Zwei, die neben mit sitzen, sind kurz nach dem Gesang eingeschlafen, weil sie todmüde sind und sicher jeden Morgen um halb sechs Uhr aufstehen müssen, um Kaffee zu kochen, Stullen zu schneiden und dann die Treppen zu fegen oder irgendwo Wäsche waschen zu gehen. Dafür sind wieder andere um so aufmerksamer. Die halbe Bibel scheinen sie auswendig zu können, denn wen Bruder Ringel, der heute abend die Predigt hält, einen Spruch anfängt, dann fallen ihm zwanzig Hörer ins Wort und vollenden den Spruch. Und wenn sich einer räuspert, dann benutzen zehntausend die Gelegenheit und fangen gleichfalls an zu husten.

Es will schon etwas heissen für die alten Frauen, alles zu begreifen und etwas davon zu behalten. Nicht einmal Bruder Ringel vermag durchzuhalten. Nachdem er aus dem Alten Testament die Weissagung Daniels über Antiochus Epiphanes, das Vorbild des Antichrist, verlesen und das dort Gesagte durch das 13. Kapitel der Offenbarung Johannis und dem 2. Brief Pauli an die Thessalonicher, Kapitel 2, Vers 1 bis 12, zu stützen versucht hat, wird es ihm trocken in der Kehle. Er bittet den Bruder Otto, aufs Katheder zu kommen und weiterzulesen. Bruder Otto macht das gern. Das Lesen will gar kein Ende nehmen. Das 5. Buch Mosis wird herangezogen und das Evangelium des Matthäus und die Epistel an die Römer dazu. Erläutert wird das Ganze natürlich auch, und da wir in der Schönhauser Allee sind, wo die Weissenberg=Sekte dominiert, kommt diese nicht allzu gut weg. Bruder Ringel bleibt dabei, dass Weissenberg mit dem Satan im Bunde stehe. Das alles wird freilich ungemein ledern vorgetragen, nichts bewiesen, alles nur geglaubt. Verstaubte Dogmen ersticken jedes Argument. Als Bruder Ringel auf das Verbrechen des Weltkrieges zu sprechen kommt und die Stellung der Kirche dazu, meint er: Der Krieg war notwendig; Gott wollte sein Volk heimsuchen und es wieder auf den richtigen Weg führen. Basta. Ja, was soll man dazu sagen! Hundert Menschen sitzen da und nicken Bruder Ringel zu. Wenn es noch dieses hundert hier allein wäre! Aber es sind ja 92 mal hundert gleich 9.200, und diese Zahl verdoppelt - weil zweimal in der Woche Bibelstunde ist - macht schon 18.400. Multipliziert mit den 52 Wochen des Jahres sind wir bei einer Million angelangt. Aber rechnen wir ruhig die Hälfte als Stammpublikum ab, das Sonntag für Sonntag, Mittwoch für Mittwoch, ob's regnet oder ob's schneit, zu diesen Bruder Ringels gehen, dann haben wir eine halbe Million Berliner Arbeiter, denen erzählt wird, die Konsumgenossenschaften seien vom Satan geschaffen, wie es allen Ernstes jener Bruder Ringel getan hat. Er kennt eben seine Pappenheimer. Wenn die ihm den dreitägigen Aufenthalt des Propheten Jona im Bauch eines Fisches glauben, dann erst recht doch jeden Schwindel über das Proletariat und seinen Befreiungskampf.

Fritz Köhler.

SPD. Gemütsmenschen. ^x In einer amerikanischen Zeitung erschien kürzlich an zwei aufeinanderfolgenden Tagen nachstehendes Inserat: Zwei Parkettsitze in der Oper für Mittwoch Abend sind wegen bevorstehenden Todesfalles in der Familie zum Kassapreis abzugeben. Anzurufen Lackawanna 27-10.

Kleines Wunder.

SPD. Klappernde Milchkanen werden früh nach der Stadt gefahren. Im Sommer sind um diese Zeit die Lerchen schon wach. Die Sense klingt im reifen Korn. Ein heller Peitschenknall vom Kutscherbock ist Gruss.

Heute fährt der Wagen durch bleiche Dämmerung. Nebeltücher hängen um die krüppeligen Bäume. Die Wege sind aufgeweicht, und schwer liegen die Pferde im Geschirr. Der Kutscher sieht die Strasse eintönig und dunkel unter sich dahinrollen. Allmählich wird es Tag. Schon treten die Radspuren von gestern deutlicher hervor.

Am Strassenrain liegt etwas, farbig wie buntes Papier, gedämpft durch die Dämmerung. Das Rad rollt vorbei, aber die Hände greifen die Zügel. Noch zaudern die Beine, noch schwankt die Wage des Für und Wider im Kopfe. Nun springt der Knecht ab und - findet Blumen, die sein Auge noch nie sah. Vier harte, eckige Stengel mit seltsamen Blüten. Wie er sie so betrachtet, kommt es ihm vor, als sähen schwarze Augen mit weissen Pupillen tief aus jeder Blüte. Die Farbe erinnert ihn an einen Fuchs, die zierlichen blauen Streifen an den Sommerhimmel.

In die gemütvolle Betrachtung klingt immer wieder die Frage nach dem Woher. Ein Wunder ist geschehen. Der Verstand lehnt es zwar ab und schiebt ein "Vielleicht" vor: Vielleicht ist ein Hochzeitswagen die Strasse gefahren, und das übermütige Bräutchen warf den Strauss aus dem Fenster. "Hier fährt kein Hochzeitswagen, hier gibt es auch keine Bräute mit so seltsamen Blumen," lacht das Wunder.

Die Phantasie macht eine Anleihe bei den Märchenbüchern der Schulzeit und redet dem Jungen ein: Gestern ist ein stolzer Ritter aus Spanien heimgelkehrt. Auf vogelschnellem Ross flog er durch die Lande und verlor hier die fremden Blumen, die er seinem wartenden Dornröschen bringen wollte. Gleich kommt er zurück, findet die Blumen bei dir und macht dich zu seinem Knappen, nimmt dich in ferne Lande mit.....

Die ersten Häuser der Stadt sind erreicht. Den ganzen Vormittag geht es nun treppauf, treppab. Für Träume ist keine Zeit, für die Blumen gibt es keinen bewundernden Blick. Bevor der Knecht aber mit den leeren Kannen zurückfährt, geht er in ein grosses Blumengeschäft. Die prunkenden Treibhausblumen verblassen vor der Märchablume in seiner Hand. Er fragt den Gärtner nach ihrem Namen.

"Das sind Orchideen". Das Wort klingt seinem Ohre fremd und süß geheimnisvoll, obwohl es der Gärtner recht alltäglich ausgesprochen hat. Die Geschichte von dem sonderbaren Fund an der Landstrasse bewegt den Gärtner nur zu einem gleichgültigen Achselzucken. Nachher fällt ihm ein, dass jeden Morgen einige Flugzeuge über die Stadt fliegen, die frische Blumen aus Holland nach Berlin bringen. "Da hat sicher der Pilot einige Blumen in die Gegend geworfen", sagt der Gärtner und ärgert sich im Grunde über den unökonomischen Sinn des Mannes.

Der Knecht fährt indessen auf der öden Landstrasse heim. Er hat ein kleines Wunder erlebt.

H.H. Strätner.

Der Herr, der meinen Anzug trug.

SPD. In der Strassenbahn fiel mir ein Anzug auf, der dem meinen aufs Ross-haar gleich. Es gehörte ein Herr zu ihm, der im Augenblick, da ich ihn anschaute, seine Augen über meinen Anzug gleiten liess und offenbar auch seinerseits die Feststellung traf, dass wir die gleiche Kleidung trugen. Unsere Blicke begegneten sich, und ich überlegte einen Sekundenbruchteil, ob die Identität unseres Geschmacks nicht etwa einen Gruss oder wenigstens ein Zulächeln erforderlich

mache: aber die Physiognomie des Fremden löste das Etiketteproblem rasch genug im negativen Sinne. Dieser Mann hatte ein bleiches, nichtssagendes Gesicht, in dem, etwas schief einrangierte, eine ungemein dünne und spitzige Nase klebte. Dieses Gesicht stiess mich ab. Nirgendwo erkannte ich in ihm einen Zug, der mit sympathisch gewesen wäre, und gewiss, fühlte auch der andere sich nicht zu mir hingezogen. Wir trugen den gleichen, übrigens von der Stange gekauften Anzug, und es war uns das Wissen um seine Eigenarten gemeinsam; seine Vorzüge und Ungezogenheiten. In einer bestimmten Situation unseres Lebens hatten wir uns, vor die Wahl gestellt, für das Gleiche entschieden, waren wir konform gegangen, hatten wir Solidarität der Anschauungen bewiesen.... Seltsames Haften an der Kongruenz des Gewandes, das mich immer wieder, wenn ich auf den Anzug schielte, dem Fremden angenähert fühlen liess, ihm verwandt im Wesen. Aber damit hatte es nichts auf sich. Gewiss, gewiss: Wir wohnten in verschiedenen Welten, in entferntesten Denk- und Fühlensbereichen. Ich hatte keine Gemeinsamkeit mit ihm. Der Fremde stieg aus. Ich blickte ihm nach. Mein Anzug=Duplikat verschwand im Trubel der Strasse

Was meinen eigenen Anzug anbelangt, so kommt er mir nun nicht mehr recht geheuer vor. Die kaffeebraune Farbe mit den weissen Längsstreifen: ist das nicht recht simpel und geschmacklos, ein bisschen ordinär sogar? Deutet es nicht auf einen unangenehmen, widerwärtigen Menschen, der bar allen guten Geschmacks ist? Ich blicke misstrauisch an meinem Anzug herunter. Am Knie entdecke ich einen Fleck.... Ich werde ihn sorgfältig entfernen lassen und überhaupt den Anzug etwas besser pflegen; denn einen neuen kann ich mir so bald nicht kaufen.
Drago.

SPD. Finanzpolitik im Altertum.^X Das älteste Gesetzbuch der Welt, das über anderthalb Jahrtausende im Gebrauch blieb und uns unter dem Namen "Das Gesetz Hammurabis" überliefert ist, kennt bereits Zahlungsmoratorien. So bestimmt der § 48 dieses Gesetzbuches: "Wenn jemand eine zu verzinsende Schuld hat und ein Unwetter verwüstet seinen Acker, sodass seine Ernte vernichtet ist, oder es wächst wegen Ungunst der Witterung kein Getreide, so soll er in dem betreffenden Jahre seinem Gläubiger kein Getreide abgeben und ihm auch keinerlei Zinsen zu zahlen brauchen". Unter der Bezeichnung Gläubiger sind auch die Hypothekengläubiger zu verstehen, denn die Hypothek ist keine Einrichtung neuer Zeit, sondern lässt sich bis auf das sechste vorchristliche Jahrhundert zurückverfolgen. Ja, auch Schecks und Wechsel, moderne, vielgebrauchte Zahlungsmittel unserer Zeit, verdanken ihre Entstehung klugen Kaufleuten des Altertums. Wechsel waren schon bei den alten Babyloniern im Gebrauch, während der Scheck- und Giroverkehr "erst" zu den Zeiten Ciceros (1. Jahrhundert v. Chr.) aufkam. Nicht einmal Börsenkrachs, die ja leider in unseren wildbewegten Zeiten keine Ausnahmeerscheinungen mehr bilden, sind etwas Neues. Die Geschichte berichtet, dass vor annähernd vier Jahrtausenden in Aegypten der Ptolemäer ein riesiger Kupferkrach die Handelswelt in ihren Grundfesten erschütterte. Das Verhältnis von Silber zu Kupfer, das zu dieser Zeit ungefähr 110 : 1 stand, erfuhr im Laufe kurzer Zeit eine schwerwiegende Aenderung dadurch, dass der Wert des Kupfers bis auf annähernd ein Drittel seines ehemaligen Standes fiel. Die natürlichen Folgen einer derartigen Umwertung waren natürlich die ungeheuerlichsten Vermögensverluste, die die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen nach sich zogen.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

34)

SPD. Morelli sah ihn, zuerst zerstreut, dann interessiert zuhörend, an, bis ein breites Grinsen sein stoppelbedecktes Gesicht teilte; plötzlich gellte er einen juchzenden Jodler hinaus, der in der Wüstenstille vermutlich zwei Meilen weit zu hören war.

"Na, denn also los. Jallalalala hi-ha!"

Er fing den zweiten Vers an, wobei sein ziemlich scharfer Tenor nicht unharmonisch mit dem tiefen Bariton des Sergeanten zusammenklang.

"Herr Wirt, habt ihr eine Tochter fein?"

Parley-voo!

Herr Wirt, habt ihr eine Tochter fein?"

Parley-voo!

Herr Wirt, habt ihr eine Tochter fein?"

Für Kavalleristen muss sie sein!

Hallo, Jungens,

Hallo, Kerle,

Hal-lo!"

Die Palmen hallten von der schwingend-martialischen Weise wider, Worte und Melodie schwangen sich auf und hinaus in die Wüste, die sich jetzt im Licht der sinkenden Sonne blutrot färbte. Sie sahen sich lächelnd an und sangen um so lauter, erhoben sich erst vom Bauche auf die Knie, dann von den Knien auf die Füße. Mit zurückgeworfenen Köpfen standen sie einander gegenüber, als sie Vers nach Vers, jeden neuen kräftiger als den vorigen, hinausschmetterten, das Blut stieg ihnen zu Kopfe und färbte ihre Gesichter dunkel, Schweiss lief von ihren Stirnen und Wangen, von Brust und Rücken.

Sie beendeten das Lied. "Immer los ... nichts geht über Musik," keuchte der Sergeant, und Morelli antwortete:

"Ja ... los ... Fred Karnos Armee ... Vorwärts:

Wir sind Fred Karnos Soldaten

Und taugen einen Dreck,

Wir können nicht rechten, nicht schiessen,

Was haben wir denn für 'nen Zweck?

Wenn nach Berlin wir kommen

Dann sagt der Kaiser wohl:

"Ach, ach, mein Gott,

Sie sind nicht sehr flott

Die soundsovielsten Husaren!"

Das Lied liess ihnen mehr Zeit zum Atemholen, denn es wird nach der Melodie einer berühmten Hymne gesungen und geht langsam mit feierlichen Crescendi. Dann fingen sie, da sie noch genug Luft hatten, einen anderen Gesang an, den Hale gern gehabt hatte; sein Titel war "Treue Liebe", und sein erster Vers hiess folgendermassen:

"Ich will nur Gerechtigkeit,
Sprach der junge Seemann..."

Etwa in der Mitte konnten sie sich über Melodie und Text nicht einigen, er hitzten sich und begannen zu schreien.

"Ruhig," brüllte der Sergeant, "was soll denn das! Wir wollen sie den "Bocksprung" lehren!"

Noch einmal warfen sie die Köpfe zurück und sangen mit aller Macht - diesmal übertrafen sie an Stimmgewalt sogar "Fred Karnos Armee", selbst die Bäume schienen zu wackeln; und wie von dieser Kraft bezwungen, verblasste der blutige Sonnenglanz allmählich.

"Sie machten nur 'nen Bocksprung!
Sie machten nur 'nen Bocksprung!
Sie machten nur 'nen Bocksprung!
Als ein Heuschreck' schnell
Dem andern über'n Rücken sprang."

Sie sangen, bis ihre Häulse anschwellen und die Adern wie Stricke hervorste-
den, sangen in die Bäume nach oben, und durch die trompetengleich an den Mund
gelegten Hände in die Wüste hinaus, die nun nicht länger blutrot, sondern in
einem trüben, wie durch ein mattes Fenster einfallenden Licht dalag. Sie sänger
sich gegenseitig an, dann führte Morelli einen phantastischen Tanz auf Zehen
und Hacken auf, zu dem der Sergeant mit beiden Armen einen Dirigenten paro-
dierte . . .

Sie sangen, bis sie nicht mehr konnten, hinfielen und keuchend liegenblie-
ben. Morelli fing zwischen ächzenden Atemzügen an zu lachen, lachte immer stär-
ker, bis er kollerte und halb erstickte, was nun wiederum auf den Sergeanten
ansteckend wirkte, so dass auch er sich vor Lachen bog. Sie wälzten sich umher,
vom Bauch auf die Seite und wieder zurück, lachend ... lachend ...

Endlich setzte sich der Sergeant auf, rieb sich die tränenden Augen und
blickte in die Wüste, wo sich nichts regte und nichts war als die drei unor-
dentlich liegenden Bündel. Total blödsinnig, dachte er, und fing von neuem an
zu lachen, als Morelli, der wieder nüchtern wurde, sagte: "Sein Essen ... wer
ist dran?" Er deutete in die Richtung der Hütte.

"Ich," antwortete der Sergeant und wurde ernst, "ja ... ich gehe gleich
'rüber ... sofort."

"Gott sei Dank, dass ich's nicht bin," meinte Morelli leise, diese Pflege-
rei geht mir am meisten auf die Nerven."

"Ein Spass ist's weiss Gott nicht." Auch der Sergeant hatte seine Stimme
gesenkt. "Aber es ist immer noch besser, als wenn es einer von den anderen
gewesen wäre."

Morelli sah ihn an. "Da haben Sie recht," entgegnete er langsam, "daran
habe ich nie gedacht ... Das ist richtig ... Wenn es nun der gute alte Brown
gewesen wäre, das war ein feiner Kerl!"

Der Sergeant nickte. "Das war er ... die anderen waren es übrigens auch,
feine Kerle, jeder auf seine Weise ... Niemand hätte sich bessere Leute wün-
schen können ... ausgenommen ihn ..."

"Stimmt, Sergeantchen ... und ich kann doch für die Jonasgeschichte nichts

"Sie sind ja blöd," grollte der Sergeant.

"Ja," fuhr Morelli fort, "ein so prachtvoller Haufen Kerle, wie man ihn nu
finden kann...sogar noch besser... Sogar der olle Abraham hatte Schneid... O ja
Sir, sogar eine doppelte Portion... ja, es wäre verdammt viel unangenehmer gewe-
sen, wenn einer von den anderen verrückt geworden wäre..." Er brach ab und stam-
melte einige Sekunden später: "Herr Gott im Himmel!"

"Was ist?" Der Sergeant drehte sich schnell herum.

Morelli, dessen Gesicht infolge der sich nun niedersenkenden Dunkelheit
nur noch undeutlich sichtbar war, japste mit weit offenen Augen und klaffen-
dem Munde.

"Ich musste gerade...wegen Brown...natürlich daran denken, dass man da auf
die Bäume klettern kann...und da fiel mir ein, dass all das Leinewerfen und so
gar nicht nötig war... Man brauchte ja bloss ein Seil um den Stamm zu binden,
sich unterm Hintern festzumachen und 'raufziehen zu lassen... Ganz einfach."

"Na, und wenn schon?" fragt der Sergeant. "Das ist mir auch später einge-
fallen... es hätte aber auch keinen Unterschied gemacht."

Fortsetzung folgt